

IHS RESEARCH REPORT

09 | 2026

Ergebnis-Bericht der Welle 11 des European Social Survey (ESS)

Marcel Fink, Peter Grand, Josipa Cvitic



INSTITUTE FOR
ADVANCED STUDIES
VIENNA

Ergebnis–Bericht der Welle 11 des European Social Survey (ESS)

Sozialpolitische Analysen und Trends

Autor:innen: Marcel Fink, Peter Grand, Josipa Cvitic

Impressum

Medieninhaber:in und Herausgeber:in:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK),
Stubenring 1, 1010 Wien

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: (Sitz der Druckerei einfügen)

Druck: (Namen und Anschrift der Hersteller/Druckerei einfügen)

Fotonachweis: Cover: [unplash.com/Ferdinand Stöhr](https://unplash.com/Ferdinand%20St%20hr)

Wien, 2023. Stand: 22. Mai 2026

Copyright und Haftung:

Ein auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Speicherung auf Datenträgern zu kommerziellen Zwecken, sowie für die Verbreitung und Einspeicherung in elektronische Medien wie z. B. Internet oder CD Rom.

Im Falle von Zitierungen (im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten) ist als Quellenangabe anzugeben: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.); Titel der jeweiligen Publikation, Erscheinungsjahr.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgehen

Bestellinfos: Diese und weitere Publikationen sind kostenlos über das Broschürenservice des Sozialministeriums unter www.sozialministerium.at/broschuerenservice sowie unter der Telefonnummer 01 711 00-86 25 25 zu beziehen.

Inhalt

Impressum	3
Inhalt	3
1 Einleitung	5
Source questionnaire	6
Shared language coordination	6
SQP-Kodierung.....	6
Die Stichprobenziehung	7
Das Erhebungsverfahren	7
Der nationale Fragebogen.....	8
2 Allgemeiner Aufbau dieses Ergebnisberichtes	9
3 Vertrauen in politische und staatliche Institutionen	11
Allgemeines Institutionenvertrauen	11
Institutionenvertrauen im Zeitverlauf.....	14
Institutionenvertrauen im internationalen Vergleich.....	15
4 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und gesellschaftlichen Einrichtungen	19
Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaft und der Regierungsarbeit.....	19
Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der Demokratie.....	20
Zufriedenheit im internationalen Vergleich.....	23
5 Einkommensunterschiede und eigene Einkommenssituation	27
Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation	27
Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation im Zeitverlauf.....	28
Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation im internationalen Vergleich	30
Einstellungen zur Einkommensumverteilung.....	32
Einstellungen zur Einkommensumverteilung im Zeitverlauf	33
Einstellungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich	34
6 Einstellungen zu Aufgaben und Verantwortung der Regierung: Sozialpolitische Handlungsfelder und Finanzierungsinstrumente	36
Sozialpolitische Handlungsfelder	36
Vermögensunterschiede und Finanzierungsinstrumente.....	42
7 Fazit	49
Tabellenverzeichnis	51
Abbildungsverzeichnis	53

Appendix Tabellen	55
Datentabellen zu den Grafiken	58

1 Einleitung

Der European Social Survey (ESS) ist eine der zentralen repräsentativen Erhebungen über moralische, religiöse, soziale, ökonomische und politische Einstellungen und Verhaltensmuster der europäischen Bevölkerung. In der alle zwei Jahre stattfindenden Umfrage haben sich über 31 Länder beteiligt, 15 Länder in allen sieben Erhebungen seit 2002. Damit besteht ein Datensatz, der sowohl zeitliche Vergleiche wie auch Ländervergleiche erlaubt.

Der Fragebogen des ESS besteht in der Welle 11 aus einem Hauptteil des Fragebogens mit Standardmodul, welches über alle Wellen des ESS und alle 31 teilnehmenden Länder hinweg abgefragt wurde und wird, sowie abwechselnden Schwerpunktthemen.

Das Standardmodul besteht aus theoretisch fundierten und empirisch erprobten Fragen zu individuellen Einstellungen, Orientierungen und Verhaltensweisen. Weiters enthält das Standardmodul auch Fragen zu sozio-demographischen Eigenschaften. Der Fragebogen beinhaltet zwei rotierende Module: das Modul Soziales Geschlecht im heutigen Europa: Ein neuer Blick auf Gleichheit und deren Rückschlüsse sowie das Modul Ungleichheiten im Gesundheitsbereich und deren Determinanten. Während die Fragen des ersten Wechselmoduls erstmals im ESS enthalten sind, beinhaltet das zweite Wechselmodul bezüglich Gesundheit einige Fragen, die bereits in ESS Welle 7 gefragt wurden.

In Vorbereitung der ESS Welle 11 wurden bereits im Jahr 2021 kognitive Interviews in Großbritannien, Ungarn und Österreich durchgeführt, um die neuen Fragen in den Wechselmodulen vorab zu testen. Kognitive Interviewmethoden geben Einblick in die Denkprozesse, die Teilnehmende beim Beantworten von Umfragefragen durchlaufen, und helfen Forschenden, Probleme in der Formulierung von Fragen und Antwortoptionen zu erkennen.

Die ESS-Welle 11 wurde 2023 nach der Covid-Pandemie wieder auf Interviewer:innen-basierte Befragungen umgestellt, nachdem in Welle 10 aufgrund der Pandemie-Maßnahmen ein push-to-web-Ansatz durchgeführt wurde.

Die pre-tests wurden im Mai 2023 vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführt und sind zufriedenstellend verlaufen, die durchschnittliche Interviewlänge beträgt inklusive länderspezifischer Fragenbatterie rund eine Stunde und auch die Verständlichkeit der Fragestellungen ist ausgezeichnet.

Source questionnaire

Der Fragebogen zum Standardmodul und den wechselnden Modulen wird vom Head Quarter-Core Scientific Team (HQ-CST) in englischer Sprache entworfen und den nationalen ESS-Teams zur Verfügung gestellt. Dieser Hauptfragebogen wurde vom HQ-CST im Oktober 2022 ausgegeben. Grundsätzlich ist bei der Übersetzung des Fragebogens auf eine temporale Vergleichbarkeit, besonders bei den bereits abgefragten items, zu achten, d.h. bereits bestehende Übersetzungen sollen nur abgeändert werden, wenn eindeutige Fehler bei der Übersetzung erfolgt sind bzw. rechtliche Änderungen erfolgten, z.B. bei der eingetragenen Partnerschaft in Österreich.

Shared language coordination

Es ist aber nicht nur die Vergleichbarkeit über die Zeit, sondern auch über nationale Kontexte hinweg sicherzustellen. Daher werden zwischen den Ländern mit gemeinsamer Sprache 'shared language discussions' durchgeführt. Dieses fand zwischen Vertreter:innen aus der Schweiz, Deutschland und dem österreichischen ESS Projektteam am 5. und 6. Dezember 2022 online statt. Ziel dieser Abstimmungen war es möglichst gleichlautende Übersetzungen der neu hinzugekommenen Fragestellungen und Antwortkarten zu erarbeiten. Teile des Fragebogens wurden an GESIS (Leibnitz-Institut für Sozialwissenschaften) und cApStAn (Linguistic Quality Control) zur Kontrolle der Übersetzung übermittelt und die Anregungen in den nationalen Fragebogen eingearbeitet.

SQP-Kodierung

Ein letzter Schritt der Qualitätssicherung der Fragebogenübersetzung stellt die SQP-Kodierung dar (survey quality predictor). Dieser Schritt ist ebenfalls zwingend vorgesehen und muss vor Beginn der Feldarbeit durchgeführt werden. Dabei wird eine Auswahl an Fragen und deren Antwortskalen mithilfe des SQP-Programmes kodiert und die Übersetzungen mit dem Quelltext verglichen. Dieser Schritt wurde ebenfalls im Juni 2020 abgeschlossen.

Die Stichprobenziehung

Die Stichprobenziehung erfolgt nach den durch das European Social Survey – sampling expert panel (ESS-SEP) festgelegten Kriterien, wobei die Sicherstellung einer randomisierten Stichprobenziehung absolute Priorität hat. Weiters ist sicherzustellen, dass eine effektive Stichprobengröße von mindestens 1.500 Befragten erzielt wird. Die Netto- und Brutto-Stichprobengröße ist in Abhängigkeit des Stichprobendesigns und des damit verbundenen Designeffektes und in Absprache mit dem ESS-SEP festzulegen und wird dementsprechend höher ausfallen als die effektive Stichprobengröße. Die Stichprobenziehung stellt eine Haushaltsstichprobe mit "Letzter-Geburtstag"-Methode dar. Die Stichprobe weist folgende Eigenschaften auf:

- Sampling frame ist das Adressverzeichnis der Österreichischen Post für Menschen im Alter von 15+.
- Geschichtete Stichprobe mit einem three-domain-Design: Domain 1 umfasst Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern (ca. 12,7 % der Bevölkerung), Domain 2 umfasst Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern (ca. 65,8 % der Bevölkerung) und Domain 3 umfasst Wien (ca. 21,5 % der Bevölkerung)
- Die 23 Wiener Bezirke und 101 Gruppen anderer Gemeinden bilden die strata und sind jeweils durch eine Kombination aus NUTS3-Regionen und Gemeindegröße definiert. Hier werden insgesamt 6.040 Haushalte gezogen.
- Die Zuordnung der Adressen zur strata erfolgt im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung aller Altersgruppen (Melderegisterdaten der Statistik Austria) und wird innerhalb der strata mit gleichen Wahrscheinlichkeiten ausgewählt. Innerhalb dieser Strata werden 6.040 Haushalte proportional zur Größe der Strata ausgewählt (736 in Domain 1, 4.200 in Domain 2 und 1.104 in Wien)
- Innerhalb jedes Haushalts wird eine Zielperson nach der Methode des nächsten Geburtstags ausgewählt.

Wir erreichen mit dieser Stichprobenkonstruktion einen Designeffekt von 1,558 und somit eine Netto-Stichprobengröße von 2.354, sowie eine Brutto-Stichprobengröße von 6.000.

Das Erhebungsverfahren

Die Umfrage des österreichischen ESS-Teams ist repräsentativ (strikt randomisierte Stichprobe) für die Gesamtbevölkerung Österreichs über 15 Jahren (Stichtag 1. September

2023), unabhängig der Nationalität, Staatsbürgerschaft und Muttersprache. Die Feldarbeit für ESS Welle 11 fand zwischen Juni 2023 und Dezember 2023 statt.

Der nationale Fragebogen

Der ESS gibt den nationalen Koordinationsteams die Möglichkeit eigene Fragen an das Ende des offiziellen Fragebogens zu stellen, in einem Umfang von bis zu zehn Fragen. Diese Möglichkeit wurde auch im ESS Welle 11 vom österreichischen Team in Absprache mit den fördernden Ministerien genutzt und umgesetzt. Diese nationale Fragenbatterie wurde genutzt, um Einstellungen zu Regierungsverantwortung, Vermögensungleichheiten und von Finanzierungsinstrumenten zur Abfederung der Teuerung und der Ausgaben im Zuge der Corona-Pandemie.

2 Allgemeiner Aufbau dieses Ergebnisberichtes

Der ESS stellt mit seinen zahlreichen Themen sowohl im Hauptfragebogen als auch in den rotierenden Modulen eine sogenannte „multi-purpose“-Umfrage dar, d.h. die Daten sollen für ein breites sozialwissenschaftliches Aufgabengebiet genutzt werden können. Damit ist auch bereits ein zweites grundlegendes Merkmal der ESS-Umfrage angesprochen, diese Daten dienen für „sekundäre“ Datenanalysen. Sekundäre Datenanalyse bedeutet, dass diese Daten nicht für ein spezifisches Forschungsprojekt erhoben werden, sondern es Wissenschaftler:innen ermöglichen soll, deren Forschungsfragen mithilfe dieser Daten zu bearbeiten¹.

Aufgrund der Vielzahl von Themen, welche innerhalb des ESS erhoben werden und der Tatsache, dass eine nationale Fragenbatterie erhoben wurde, ist dieser Ergebnisbericht folgendermaßen strukturiert:

Es werden zwei Fragenkomplexe dargestellt, welche als grundlegende Faktoren für die Legitimierung sozialstaatlichen Handelns angesehen werden: das Vertrauen in verschiedene staatliche Institutionen (das österreichische Parlament, der Justiz, die Polizei, den Politikerinnen und Politikern und den politischen Parteien). Darauf folgt eine Darstellung der Zufriedenheit der befragten Personen mit gesellschaftlichen Teilbereichen (Wirtschaftslage, der österreichischen Bundesregierung, dem Funktionieren der österreichischen Demokratie, dem österreichischen Bildungssystem und Gesundheitssystem) und allgemein der eigenen Lebenszufriedenheit.

Die Analyse zweier weiterer Fragen, der Einstellung zu staatlicher Umverteilungstätigkeit und der eigenen Einschätzung, wie gut bzw. schlecht der eigene Haushalt mit der derzeitigen Einkommenssituation zurechtkommt, dient als grundsätzliche Verortung der befragten Personen hinsichtlich staatlicher sozialpolitischer Tätigkeit.

¹ Im Gegensatz zu „primärer“ Datenanalyse, hier werden Daten für eine spezifische Forschungsfrage erhoben und können für andere Forschungsfragen nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden.

Den Kern dieses Ergebnisberichtes stellt die Analyse der nationalen Fragenbatterie dar. Es werden die Verteilungen der jeweiligen Fragen dargestellt und diskutiert, sowie wo sinnvoll die Daten weiter nach sozio-demografischer Faktoren untergliedert. Weiters erfolgt ein historischer Vergleich bei Fragen, welche bereits in mehreren ESS Wellen erhoben wurden.

3 Vertrauen in politische und staatliche Institutionen

Vertrauen in politische und staatliche Institutionen ist eine wichtige Grundlage einer funktionierenden repräsentativen Demokratie. Im European Social Survey (ESS) werden dazu unter anderem das Vertrauen in Politiker:innen, in politische Parteien, in das nationale Parlament, in die Justiz und in die Polizei erhoben.² Im Folgenden wird zuerst auf Österreich fokussiert und dann ein kursorischer internationaler Vergleich präsentiert. Aus österreichischer Sicht wird zuerst ein aktueller Überblick über das Vertrauen in politische und staatliche Institutionen gegeben. In einem weiteren Schritt wird das Vertrauen in politische und staatliche Institutionen der in Österreich lebenden Menschen nach soziodemografischen Faktoren aufgeschlüsselt. Danach wird die zeitliche Entwicklung des Institutionenvertrauens in Österreich zwischen 2002 und 2023 dargestellt. Die Verortung Österreichs in einem internationalen Vergleich des Vertrauens in politische und staatliche Institutionen bildet den Abschluss dieses Kapitels. Der Umfang des gesamtgesellschaftlichen Vertrauens in politische und staatliche Institutionen ist demokratiepolitisch relevant, da Vertrauen auf funktionierende demokratische Strukturen hinweist und zur Legitimierung des politischen Systems beiträgt. Dies ist zentral für die Stabilität und Akzeptanz von demokratischen Prozessen.

Allgemeines Institutionenvertrauen

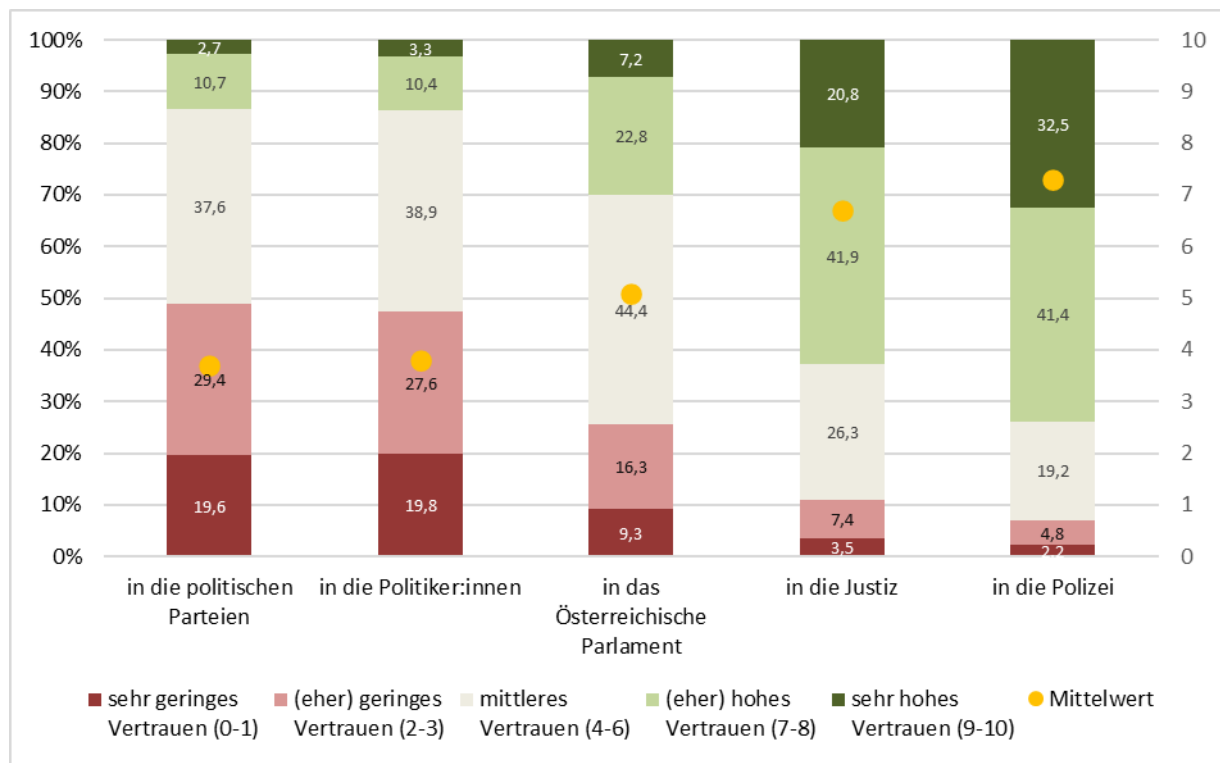
Abbildung 1 zeigt das prozentuelle Antwortverhalten nach fünf Antwortkategorien³ (reichend von „1=sehr geringes Vertrauen“ bis „5=sehr hohes Vertrauen“) (linke Skala) und die jeweiligen Mittelwerte (rechte Skala). Im Vergleich zu den drei weiteren hier behandelten Vertrauensfragen ist das Vertrauen in die politischen Parteien sowie in Politiker:innen – fast

² Offizieller Fragelaut: „Wie sehr vertrauen Sie ...?“ – „dem österreichischen Parlament“ (n= 2.328) / „der Justiz“ (n= 2.339) / „der Polizei“ (n=2.350) / „den Politikerinnen und Politikern“ (n=2.336) / „den politischen Parteien“ (n=2.333)?“, Skala: „0=überhaupt kein Vertrauen“ bis „10= Vollkommenes Vertrauen“

³ Diese Skala wurde aus der ursprünglichen elfteiligen Skala erzeugt, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten.

deckungsgleich - am geringsten ausgeprägt. Hier entfallen jeweils knapp 50% der Antworten auf die unteren beiden Antwortkategorien (sehr geringes bzw. [eher] geringes Vertrauen) und nur jeweils weniger als 15% auf die oberen beiden Antwortkategorien ([eher] hohes Vertrauen und sehr hohes Vertrauen). Entsprechend gering fällt der jeweilige Mittelwert des Antwortverhaltens aus und kommt jeweils unter einem Wert von 3,8 zu liegen.

Abbildung 1: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 7 im Anhang)

Substantiell höher als gegenüber politischen Parteien und Politiker:innen ist das Vertrauen in das österreichische Parlament. Zusammen genommen etwas mehr als 30% signalisieren hier (eher) hohes Vertrauen oder sehr hohes Vertrauen, etwa ein Viertel entfällt auf die unteren beiden Antwortkategorien (sehr geringes bzw. [eher] geringes Vertrauen) und ca. 45% nehmen eine mittlere Position ein. Im Vergleich nochmals wesentlich höhere Vertrauenswerte zeigen sich für die Justiz und die Polizei. Knapp zwei Drittel der Respondent:innen haben gegenüber der Justiz (eher) hohes Vertrauen oder sehr hohes Vertrauen, bei der Polizei liegt dieser Wert nochmals auf drei Viertel. Nur ca. 11% bekunden ein sehr geringes oder (eher) geringes Vertrauen gegenüber der Justiz und 7% gegenüber der Polizei.

Tabelle 1: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren

Soziodemografische Faktoren	Pol. Parteien	Politiker:innen	Parlament	Justiz	Polizei
Geschlecht					
Männlich	3,6	3,7	5,1	6,8	7,3
Weiblich	3,8	3,8	5,1	6,8	7,4
Altersgruppen					
15-29	4,2	4,1	5,5	6,9	7,0
30-44	3,8	3,9	5,2	7,2	7,7
45-64	3,4	3,5	4,9	6,6	7,3
65+	3,9	4,0	5,2	6,6	7,4
Bildungsabschluss					
Keine Pflichtschule	4,2	3,9	5,9	7,3	7,9
Pflichtschule	4,0	4,3	5,3	6,8	7,2
Lehre/mittlerer Abschluss	3,5	3,6	4,9	6,7	7,5
Höherer Schulabschluss	3,7	3,9	5,2	6,8	7,6
Tertiärer Abschluss	3,9	4,0	5,7	7,0	7,2
Haushaltseinkommen					
Niedriges HE	3,6	3,7	5,0	6,6	7,1
Niedriges mittleres HE	3,8	3,9	5,1	6,8	7,4
Höheres mittleres HE	3,7	3,9	5,2	7,0	7,6
Hohes HE	3,7	3,7	5,2	6,7	7,4
Hauptaktivität					
Bezahlte Arbeit	3,5	3,6	5,0	6,9	7,4
Inaktiv	5,0	4,9	6,0	7,4	7,6
Arbeitslos	2,9	2,7	4,1	6,4	6,4
Arbeitsunfähig	3,0	3,0	3,7	4,9	5,8
Pension	3,7	3,8	5,1	6,5	7,4

Quelle: ESS11, Gewicht (dweight⁴)

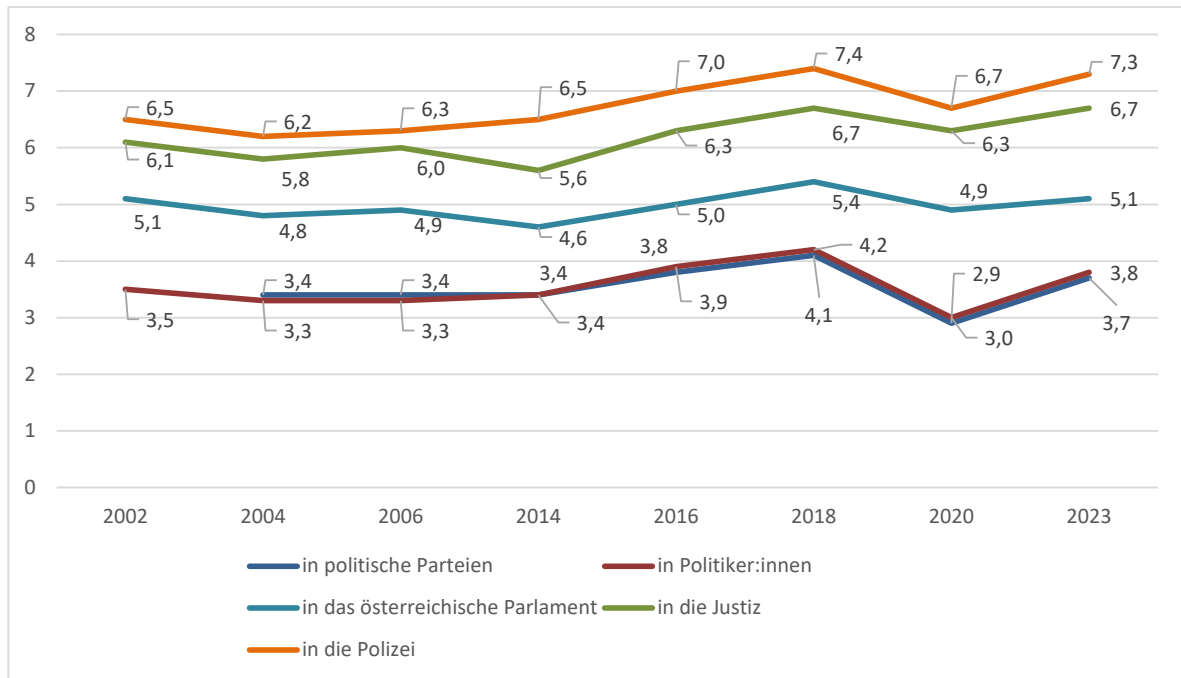
⁴ Das Designgewicht berücksichtigt die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der jeweiligen Respondent:innen aufgrund des Stichprobendesigns.

Tabelle 1 liefert die Mittelwerte des Antwortverhaltens gegliedert nach wesentlichen soziodemografischen Kennzeichen. Insgesamt zeigen sich dabei nur geringe Unterschiede. „Ökonomisch inaktive Personen“ (das sind jene Personen, welche angeben, in den letzten sieben Tagen entweder in Ausbildung gewesen zu sein, Hausarbeit oder Kinderbetreuung geleistet oder Zivil- bzw. Militärdienst absolviert zu haben) tendieren insgesamt zu etwas höherem Vertrauen, während sich bei Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen eher geringere Werte zeigen.

Institutionenvertrauen im Zeitverlauf

Abbildung 2 zeigt die Mittelwerte des Antwortverhaltens betreffend politische und staatliche Institutionen in Österreich im Zeitvergleich. Auffallend ist dabei, dass die Vertrauenswerte betreffend alle fünf Items zwischen 2014 und 2018 substantiell zugenommen haben. Die Ergebnisse für das Jahr 2020 zeigen im Vergleich zu 2018 einen Einbruch der Vertrauenswerte, vor allem betreffend politische Parteien und Politiker:innen. Die Vertrauenswerte verbesserten sich bis 2023 insgesamt wieder, blieben aber für politische Parteien und Politiker:innen kritischer als im Jahr 2018.

Abbildung 2: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens

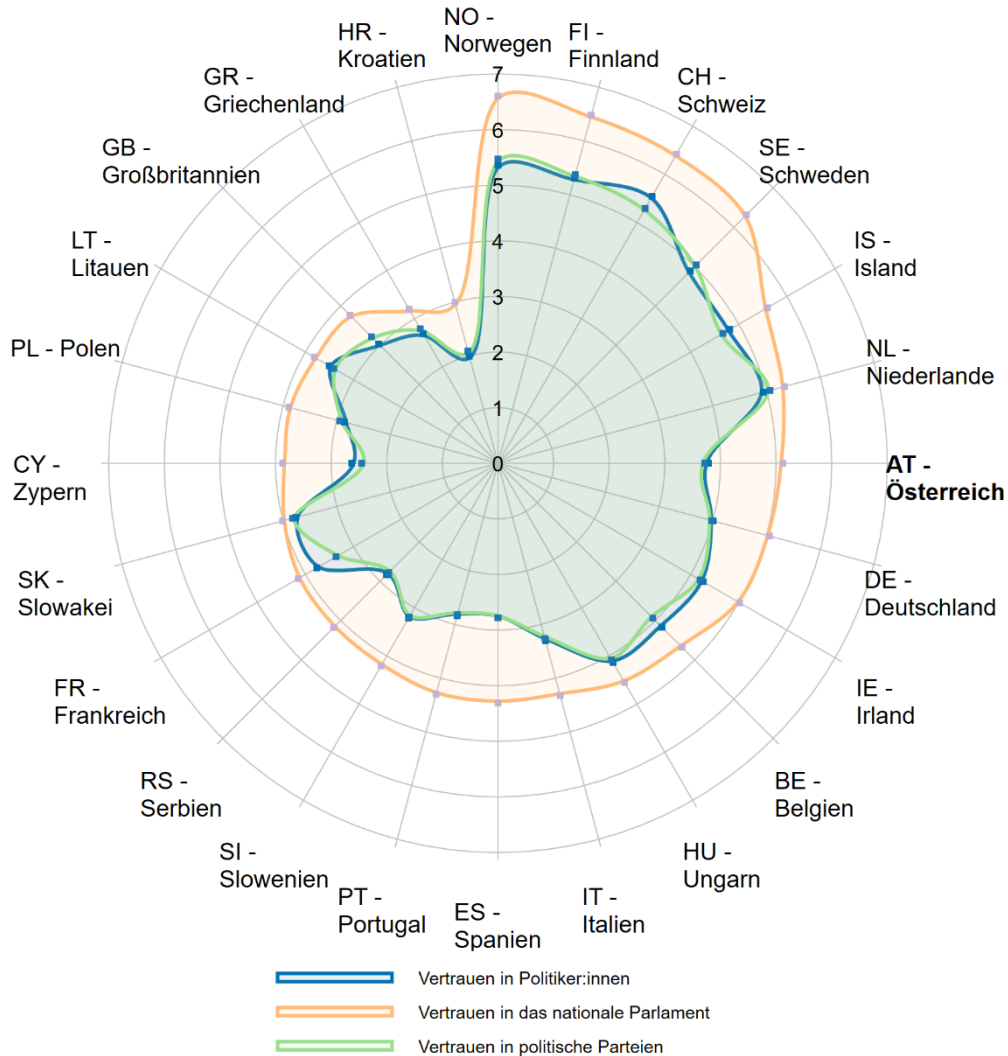


Quelle: ESS, Wellen 1 - 5 und 7 bis 11; Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 8 im Anhang)

Institutionenvertrauen im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit diesen Vertrauenswerten betreffend politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament aktuell im oberen Mittelfeld (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Vertrauen in politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

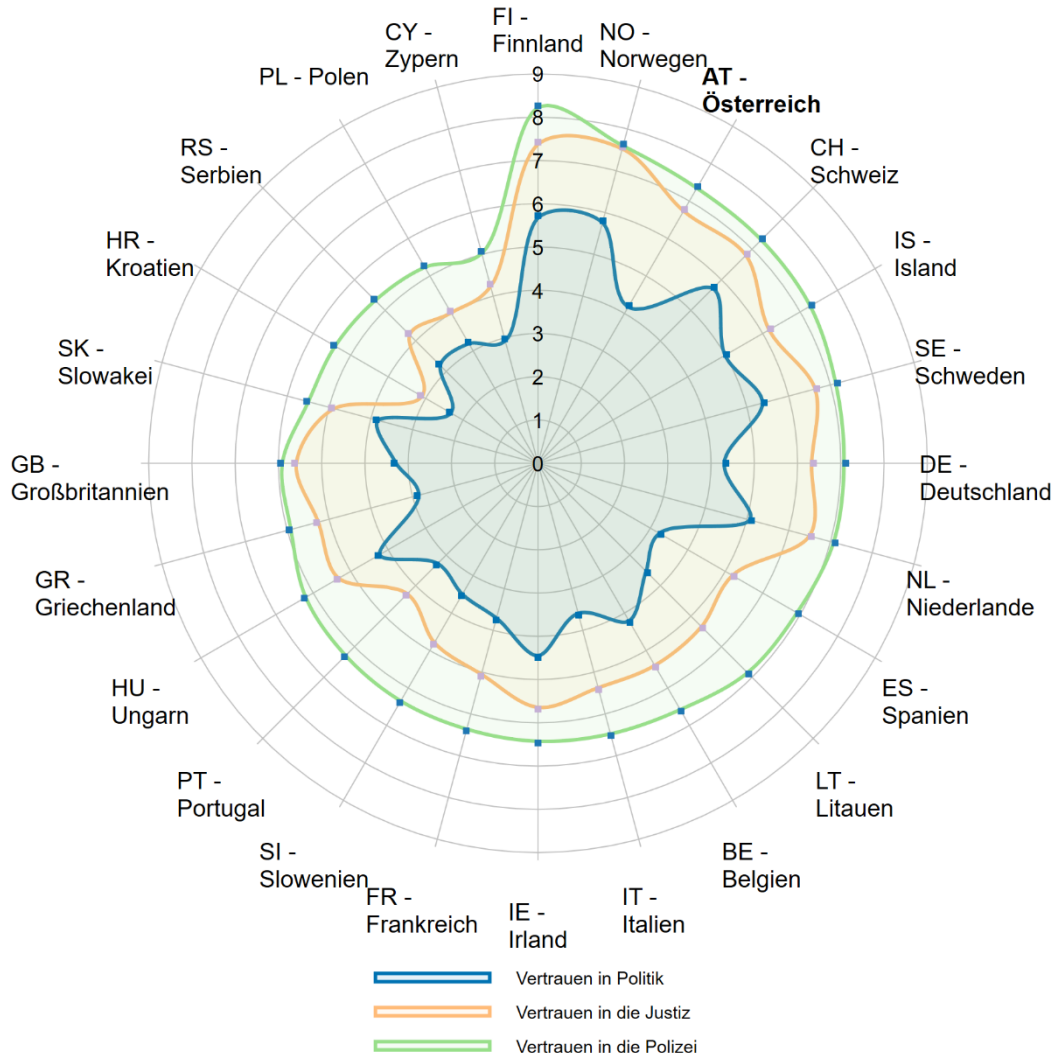


Quelle: ESS 11; Rangfolge: Durchschnitt drei Items (Daten siehe Tabelle 9 im Anhang)

Praktisch in allen Ländern wird dem nationalen Parlament ein substantiell höheres Vertrauen entgegengebracht als den politischen Parteien und Politiker:innen. Insgesamt zeigt sich eine Tendenz dazu, dass die Vertrauenswerte in Ländern Nord- und Westeuropas höher ausfallen als in Ost- und Südeuropa. Eine Ausnahme ist dabei inzwischen das Vereinigte Königreich, in dem die Vertrauenswerte für alle drei hier gezeigten Items über die letzten 15 Jahre hinweg stark abgenommen haben.

In Bezug auf die Polizei und die Justiz ist das durchschnittliche Vertrauen in Österreich im internationalen Vergleich stark ausgeprägt (Abbildung 4). Höher sind die diesbezüglichen Werte aktuell nur in Finnland, Norwegen und der Schweiz. Allerdings zeigt Österreich eine vergleichsweise starke Differenzierung des Vertrauens in Polizei und Justiz einerseits, und politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament andererseits. Besonders schwach ausgeprägt ist das Vertrauen in die Polizei und die Justiz wiederum in einer Reihe süd- und osteuropäischer Länder.

Abbildung 4: Vertrauen in die Polizei, die Justiz und in Politik* im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens



Quelle: ESS 11; Rangfolge: Durchschnitt aus Polizei und Justiz; *Politik = Durchschnitt aus politischen Parteien, Politiker:innen und nationalen Parlamenten (Daten siehe Tabelle 10 im Anhang)

4 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und gesellschaftlichen Einrichtungen

Die Zufriedenheit hinsichtlich des eigenen Lebens, der Wirtschaftslage, der Arbeit der Bundesregierung, der österreichischen Demokratie sowie der Zustand nach dem Bildungs- und Gesundheitssystem wurden im ESS 11 im Jahr 2023⁵ auf einer elfstufigen Skala abgefragt und zu einer fünfstufigen Skala zusammengefasst (0 bis 1 = „Äußerst unzufrieden“; 2 bis 3 „(Eher) unzufrieden; 4 bis 6 „Mittlere Zufriedenheit“; 7 bis 8 „(Eher) zufrieden“; 9-10 „Äußerst zufrieden“).⁶ Im Erhebungszeitraum (Juni 2023 bis Dezember 2023) waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine rückgängige Wirtschaftsleistung⁷, eine relative hohe Teuerung (jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise⁸ zwischen 5.3% und 8%) und eine im Jahresvergleich um ca. 10% gestiegene Arbeitslosigkeit⁹.

Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaft und der Regierungsarbeit

Abbildung 5 zeigt die Zufriedenheit in Bezug auf die ersten drei dieser sechs Kategorien in Österreich. Die Frage zur Lebenszufriedenheit verzeichnet die höchste Zufriedenheit, da

⁵ Feldphase von Juni 2023 bis Dezember 2023.

⁶ Die konkreten Fragen lauteten wie folgt (Zahl der gültigen Antworten in Klammern): : „Alles in allem betrachtet wie zufrieden sind Sie derzeit mit Ihrem Leben?“ (n=2.346); „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der derzeitigen Wirtschaftslage in Österreich?“ (n=2.325); „Wenn Sie nun an die österreichische Bundesregierung denken, wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit verrichtet?“ (n=2.309); „Und wie zufrieden sind Sie im Großen und Ganzen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert?“ (n=2.317); „Sagen Sie mir bitte, wie Sie – alles in allem – den derzeitigen Zustand des österreichischen Bildungssystems beurteilen?“ (n=2.225); „Sagen Sie mir bitte, wie Sie – alles in allem – den derzeitigen Zustand des österreichischen Gesundheitssystems einschätzen?“ (n=2.348); Skala: „0=äußerst unzufrieden“ bis „10=äußerst zufrieden“.

⁷ Statistik Austria, BIP Quartalsdaten: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/224/qvgr_daten.ods

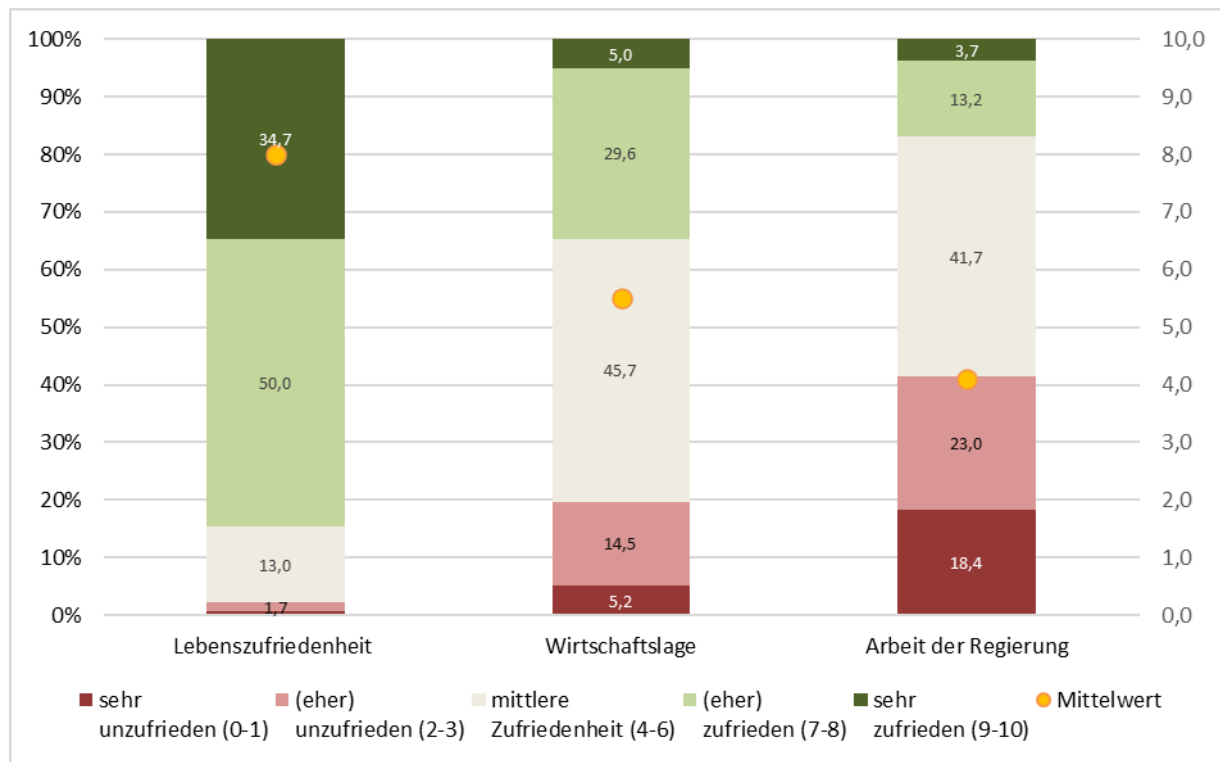
⁸ Statistik Austria, VPI:

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods

⁹ Durchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit nach ILO-Definition in den Quartalen 2-4 2023 im Vergleich zum Vorjahr: Statistik Austria, Mikrozensus: STATcube.

85% der Befragten sehr zufrieden oder (eher) sehr zufrieden mit ihrem Leben sind, rund 13% geben ein mittleres Maß an Zufriedenheit an und ein wenig mehr als 2% sind sehr unzufrieden bzw. (eher) unzufrieden. Die geringste Zufriedenheit gibt es mit der Arbeit der österreichischen Bundesregierung mit knapp unter 4% der Teilnehmenden, die sehr zufrieden sind. Deutlich höhere positive Einstellungen gibt es bei der Wirtschaftslage, hier sind 5% sehr zufrieden und knapp 30% (eher) zufrieden.

Abbildung 5: Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und der Arbeit der Regierung 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 11 im Anhang)

Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der Demokratie

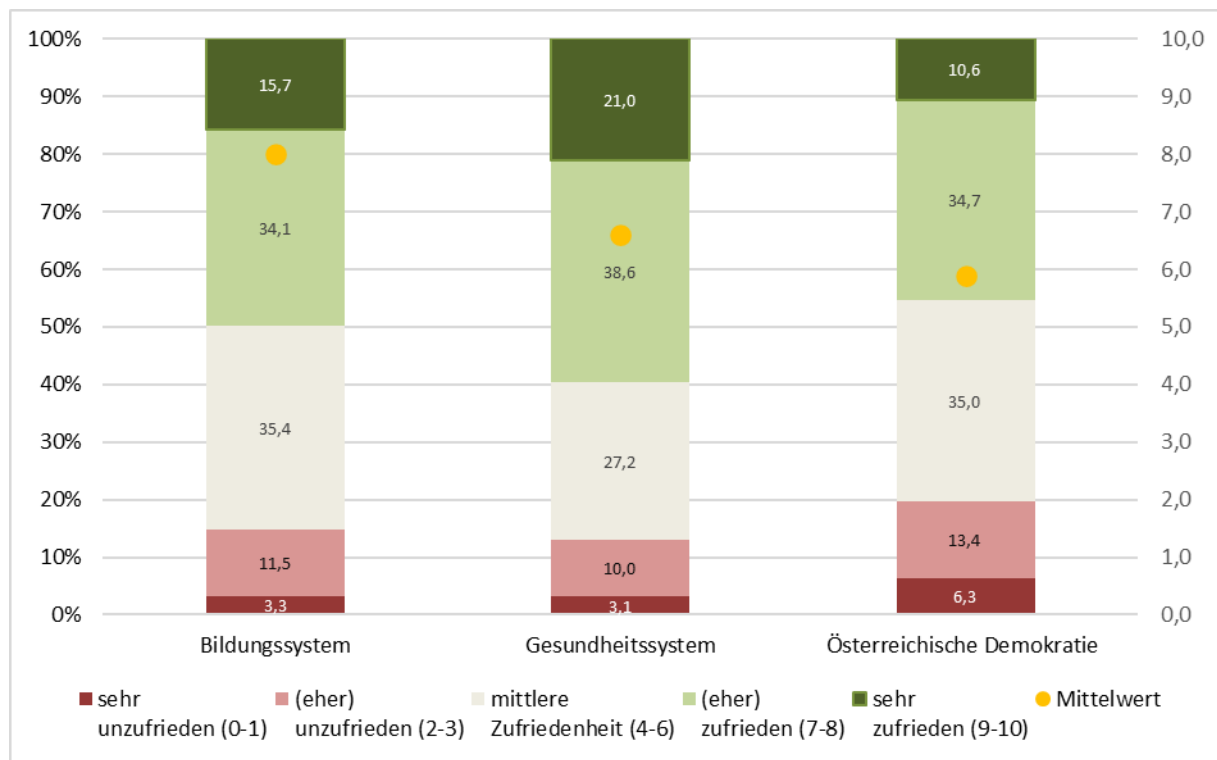
Abbildung 6 zeigt die Verteilung der Zufriedenheit der letzten drei Kategorien. Die Einschätzung des Standes des Gesundheitssystems fällt überwiegend positiv aus, da insgesamt 60%

der Befragten äußerst oder (eher) zufrieden damit sind, weitere 27% geben eine mittlere Zufriedenheit an und 13% sind äußerst oder (eher) unzufrieden sind.

Etwas schlechter steht es um den Stand des Bildungssystems, da 50% äußerst oder (eher) zufrieden sind, gefolgt von etwa einem Drittel (35%), die mittlere Zufriedenheit angeben und 15% sind äußerst oder (eher) unzufrieden.

Die Zufriedenheit hinsichtlich der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, erreicht eine ausgeprägte Zufriedenheit (äußerst oder (eher) zufrieden) von 45%. Weitere 35% verorten ihre Zufriedenheit im Mittelfeld, während ein Fünftel (20%) äußerst oder (eher) unzufrieden sind.

Abbildung 6: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der österreichischen Demokratie 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 12 im Anhang)

Die Ergebnisse des ESS 11 liefern ein positives Zeugnis für das österreichische Bildungs- und Gesundheitssystem. Hier sind die Hälfte und mehr der befragten Personen sehr zufrieden

bzw. (eher) zufrieden. Bei der Beurteilung der österreichischen Demokratie ist das Bild etwas getrübt, hier sind rund 45% sehr oder (eher) zufrieden bzw. knapp ein Fünftel sehr bzw. (eher) unzufrieden.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und gesellschaftlichen Einrichtungen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren

Soziodemografische Faktoren	Lebenszufriedenheit	Wirtschaftslage	Arbeit der Regierung	Bildungssystem	Gesundheitssystem	Österr. Demokratie
Geschlecht						
Männlich	7,8	5,5	3,9	6,1	6,6	5,8
Weiblich	7,8	5,4	4,1	6,2	6,5	5,7
Altersgruppen						
15-29	7,8	5,5	4,4	6,3	7,0	5,8
30-44	7,8	5,7	4,2	6,5	6,7	5,9
45-64	7,8	5,3	3,8	6,1	6,4	5,6
65+	7,8	5,4	4,1	6,1	6,4	5,8
Bildungsabschluss						
Keine Pflichtschule	7,3	6,9	4,1	7,1	7,6	5,7
Pflichtschule	7,4	5,6	4,4	6,9	6,8	5,9
Lehre/mittlerer Abschluss	7,9	5,3	3,8	6,4	6,7	5,6
Höherer Schulabschluss	8,0	5,5	4,1	5,8	6,3	6,0
Tertiärer Abschluss	7,8	5,4	4,1	5,5	6,0	5,8
Haushaltseinkommen						
Niedriges HE	7,1	5,3	4,1	6,0	6,4	5,5
Niedriges mittleres HE	7,7	5,4	4,0	6,2	6,7	5,7
Höheres mittleres HE	8,1	5,7	4,3	6,4	6,7	6,2
Hohes HE	8,3	5,4	3,8	5,7	6,0	5,8

Soziodemografische Faktoren	Lebenszufriedenheit	Wirtschaftslage	Arbeit der Regierung	Bildungssystem	Gesundheitssystem	Österr. Demokratie
Hauptaktivität						
Bezahlte Arbeit	7,9	5,4	4,0	6,2	6,6	5,7
Inaktiv	8,0	6,0	5,0	6,8	7,1	6,5
Arbeitslos	6,8	4,6	3,5	5,8	6,3	5,8
Arbeitsunfähig	5,5	4,4	3,1	5,5	5,8	4,9
Pension	7,8	5,3	3,9	6,0	6,4	5,7

Quelle: ESS 11, Gewicht (dweight)

In Tabelle 2 werden die Zufriedenheitseinstellungen entlang von sozio-ökonomischen Faktoren unterschieden. Hierbei ist zu bemerken, dass generell Menschen mit einem höheren Bildungsniveau mit ihrem Leben zufriedener sind, ebenso Personen mit einem höheren Haushaltseinkommen. Mit der Arbeit der Regierung sind im Durchschnitt Menschen am Ende ihres Erwerbsarbeitslebens unzufriedener, ebenso Menschen mit höherem Schulabschluss und hohem Haushaltseinkommen. Befragte, die arbeitslos oder arbeitsunfähig sind, weisen in sämtlichen Kategorien die niedrigste durchschnittliche Zufriedenheit auf, jedoch ist hier aufgrund der geringen Fallzahl Vorsicht bei der Interpretation geboten.

Zufriedenheit im internationalen Vergleich

Abbildung 7 zeigt die Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem sowie mit der Demokratie im internationalen Vergleich.

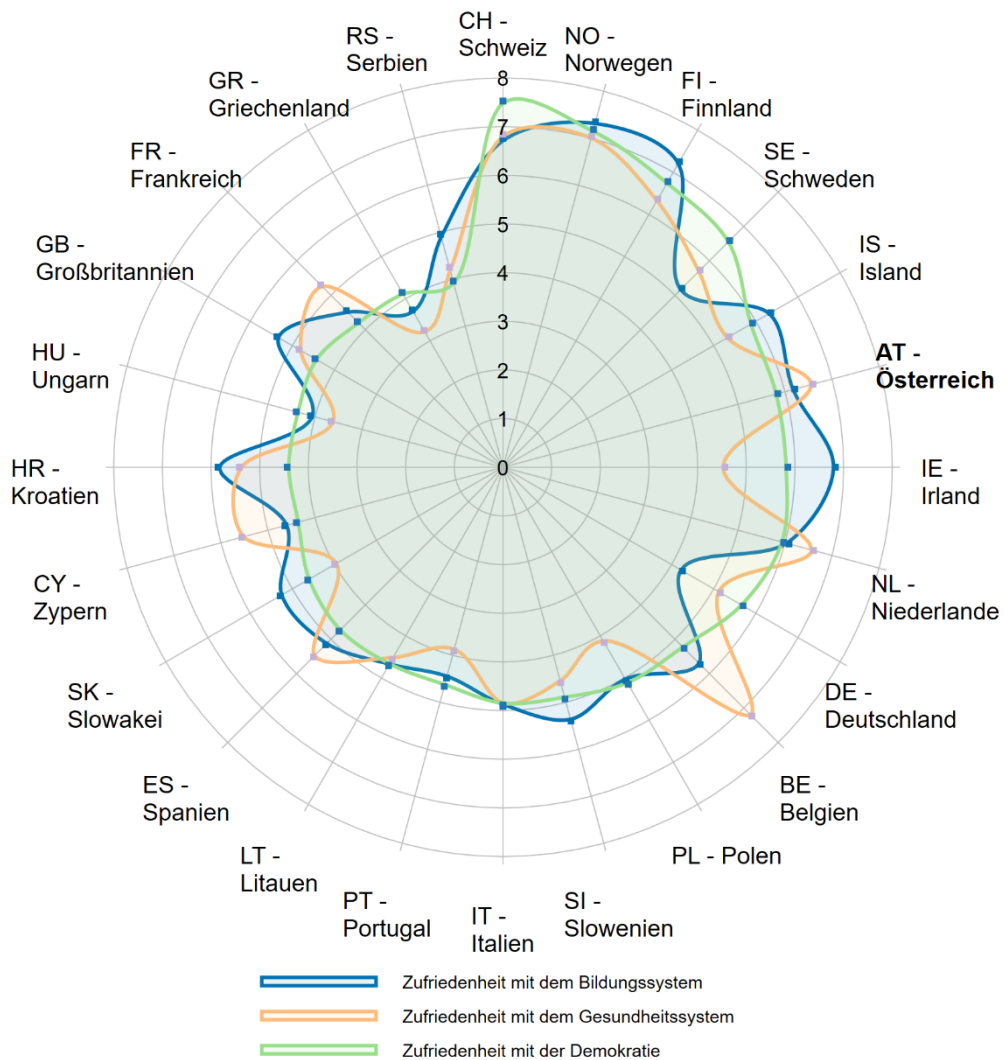
Die Rangfolge der Länder erfolgt nach dem höchsten Mittelwert für die Zufriedenheit mit der Demokratie auf einer elfstufigen Skala. Hier erzielt die Schweiz die höchste Zufriedenheit mit einem Wert von 7,5, während Serbien den geringsten Wert mit 4,0 aufweist. Österreich liegt mit einer durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit von 5,7 im oberen Drittel des Ländervergleichs nach der Schweiz, den nördlichen Ländern, den Niederlanden und Irland.

In Bezug auf das Bildungssystem hat Norwegen mit einem durchschnittlichen Wert von 7,4 auf der Skala die positivste Einschätzung. Österreich liegt mit 6,2 erneut hinter mehreren

nördlichen Ländern, Irland und der Schweiz. Griechenland bildet mit einer Einschätzung von 3,8 das Schlusslicht.

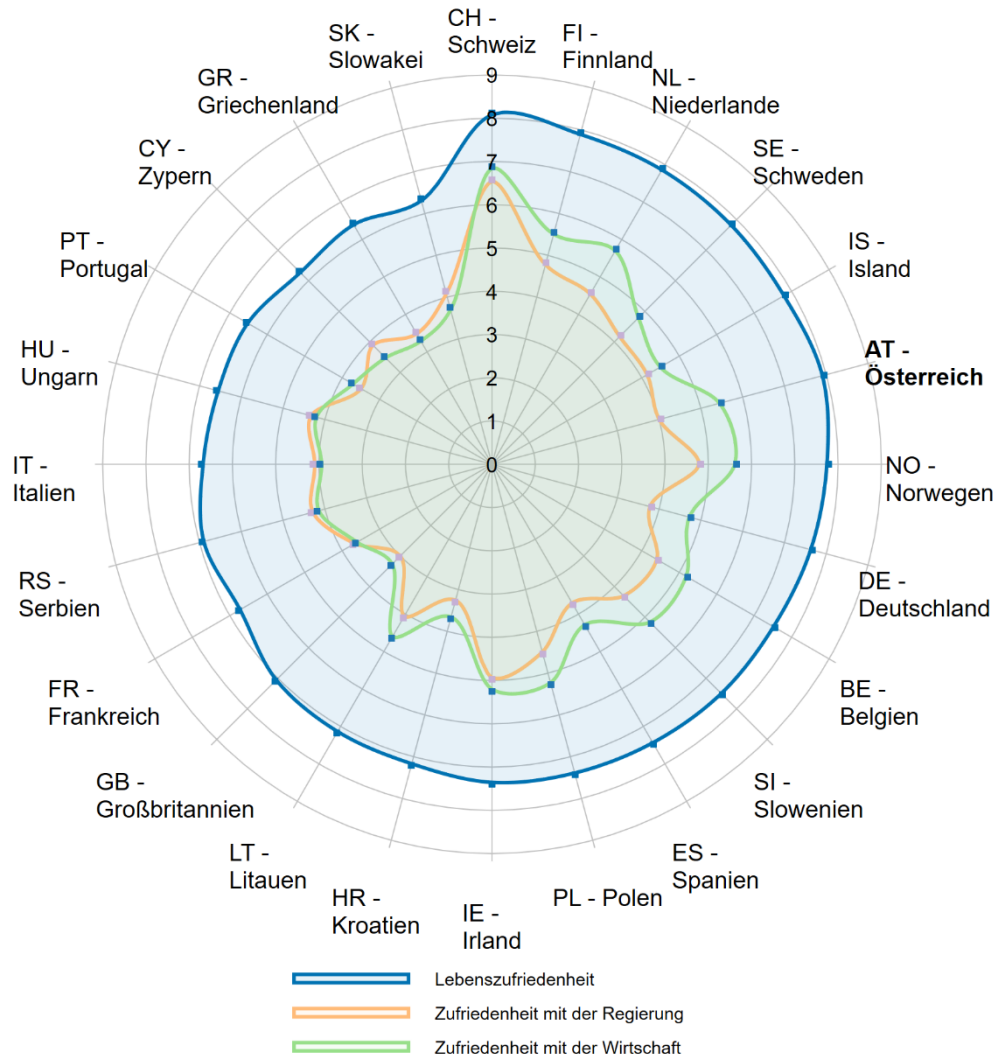
Die Einschätzung des Zustandes des Gesundheitssystems in orange verzeichnet den höchsten Wert in Belgien mit 7,2 und erneut Griechenland den niedrigsten mit 3,3. Österreich liegt mit einem Durchschnittswert von 6,5 im oberen Drittel.

Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Demokratie im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens



Quelle: ESS 11; Rangfolge: Durchschnitt Zufriedenheit mit dem Bildungssystem, Gesundheitssystem und Demokratie (Daten siehe Tabelle 13 im Anhang)

Abbildung 8: Zufriedenheit mit dem Leben, Regierung und Wirtschaftslage im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens



Quelle: ESS 11; Rangfolge: Leben, Regierung und Wirtschaftslage im internationalen Vergleich (Daten siehe Tabelle 14 im Anhang)

In Abbildung 8 wird die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, mit der Arbeit der Regierung sowie der Wirtschaftslage dargestellt. Von den sechs beschriebenen Zufriedenheitsabfragen hat die Lebenszufriedenheit länderübergreifend höhere Werte als die Zufriedenheit mit

anderen gesellschaftlichen Institutionen. Vorreiter ist die Schweiz mit einer durchschnittlichen Lebenszufriedenheit von 8,1. Schlusslicht ist die Slowakei mit einem Wert von 6,3. Österreich ist mit 7,8 der Schweiz, den Niederlanden und den nördlichen Ländern dicht an den Fersen.

Deutlich negativer steht es um die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage. Hier liegt der Höchstwert mit 6,9 bei der Schweiz und der niedrigste mit 3,3 bei Großbritannien. Die durchschnittliche österreichische Zufriedenheit ist im oberen Viertel mit 5,4 verortet.

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung hält sich international in Grenzen. Die Schweiz verzeichnet den höchsten Wert mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 6,6 und erneut Großbritannien den niedrigsten mit 3,0. Österreich mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung von 4,0 in der unteren Hälfte der Länderliste zu verorten.

5 Einkommensunterschiede und eigene Einkommenssituation

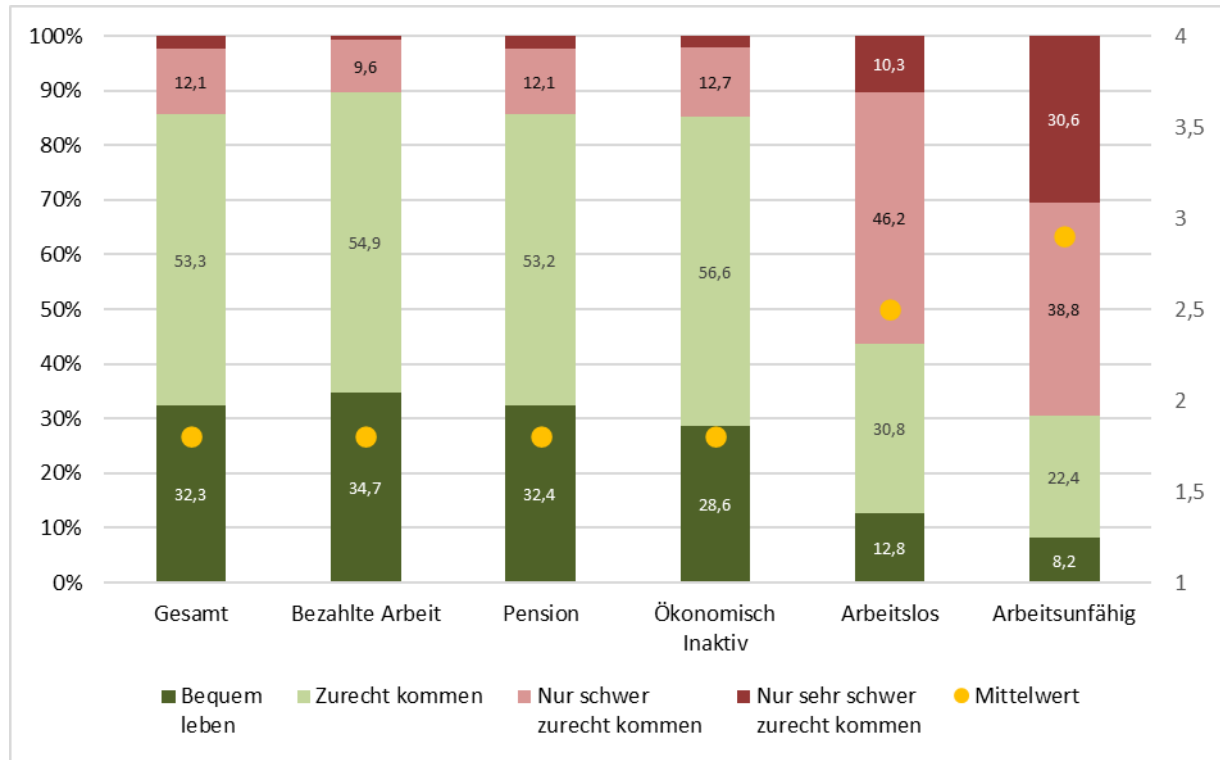
Die eigene sozioökonomische Situation ist oftmals maßgeblich für die jeweiligen sozialpolitischen Einstellungen und Präferenzen bzw. per definitionem für die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation bzw. des Haushaltes.

Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation

Abbildung 9 zeigt die Einschätzung der finanziellen Lage des eigenen Haushaltes¹⁰ nach dem ökonomischen Status der befragten Personen. Insgesamt schätzt knapp ein Drittel der Befragten die eigene finanzielle Situation derart ein, dass sie „bequem leben“ kann. Mehr als 2% geben hingegen an, dass sie „nur sehr schwer damit zurecht zu kommen“.

¹⁰ Die Formulierung der Frage lautet: „Welche der Beschreibungen auf dieser Karte kommt dem am nächsten, wie Sie die derzeitige Einkommenssituation Ihres Haushalts beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich bzw. können wir ...?“ – Skala: „1=bequem leben“, „2=zurecht kommen“, „3=nur schwer zurecht kommen“, „4=nur sehr schwer zurecht kommen“ (n=2.339)

Abbildung 9: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation nach ökonomischem Status 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 15 im Anhang)

Dieses subjektive Empfinden wird umso pessimistischer, je niedriger der eigene ökonomische Status. So geben nur mehr rund 13% der arbeitslosen Menschen an, mit deren Einkommen „bequem leben“ zu können. Bei arbeitsunfähigen Menschen beläuft sich dieser Anteil auf rund 8%, wobei in dieser Gruppe mehr als zwei Drittel „schwer“ oder „sehr schwer“ mit ihrem Einkommen zurecht kommen.

Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation im Zeitverlauf

Die subjektive Einschätzung der eigenen Einkommenssituation wurde seit der ersten ESS-Welle durchgehend abgefragt und kann deshalb für Österreich im Zeitverlauf dargestellt werden. Abbildung 10 zeigt die relativen Häufigkeiten und Durchschnittswerte der subjektiven Einschätzung der Einkommenssituation für den Zeitraum der ersten ESS-Welle 2002 bis zur ESS-Welle 11 im Jahr 2023 (gereiht nach den Werten im Jahr 2023). Der Anteil der befragten Menschen, die subjektiv empfinden mit deren Einkommenssituation „bequem

leben“ zu können, schwankt zwischen rund 30% (2002 und 2014) und rund 38% (2004) mit einer Ausnahme im Jahr 2020 (ESS Welle 10). Hier nimmt dieser Anteil etwas mehr als 48% an. Diese Veränderung kann zwei Ursachen haben: zum einen wurden diese Daten während der Covid-19-Pandemie erhoben und fallen teilweise in die Zeit der 2. Covid-19-Welle und der damit verbundenen Lock-down-Maßnahmen. Zum anderen wurde aufgrund der Pandemie der Erhebungsmodus in der ESS Welle 10 auf einen Selbstausfüller:innen-Ansatz umgestellt, d.h. die befragten Menschen haben das Interview entweder online (rund zwei Drittel der Respondent:innen) oder mittels eines Papierfragebogens (rund ein Drittel der Respondent:innen) durchgeführt.¹¹ Insgesamt scheint es, dass online-affine (jüngere) Menschen im Vergleich zu älteren Menschen ihre Einkommenssituation deutlich positiver während der Corona-Pandemie einschätzten und dadurch der Anteil der Menschen, die mit ihrer Einkommenssituation „bequem leben“ können, im Jahr 2020 deutlich gestiegen ist.

Generell zeigt sich ein Trend, dass der Anteil an Menschen, die angeben mit ihrem Einkommen „nur sehr schwer zurechtzukommen“, zwischen 2008 und 2020 durchschnittlich abnimmt (von rund 5% im Jahr 2008 auf etwas mehr als 1% im Jahr 2020). Dieser Trend kehrt sich vorläufig im Jahr 2023 wieder um (etwas mehr als 2%), was durch die Energie- und Inflationskrise (höchste Inflationsrate seit Jahrzehnten im Jänner 2023, steigende Energiepreise als Folge des Ukrainekrieges seit 2022) und die generell angespannte Wirtschaftslage 2023 erklärt werden kann.

¹¹ Wird die Einschätzung des Auskommens mit der jeweiligen Einkommenssituation entlang dieser beiden Gruppen (online vs Papier) aufgeschlüsselt, so geben rund 39% der Personen, die das Interview mittels eines Papierfragebogens absolviert haben, an mit deren Einkommen „bequem“ leben zu können. Dieser Anteil beträgt bei der anderen Gruppe (online) rund 53%. Zudem ist der maßgeblichste Einflussfaktor, ob eine Person das Interview online oder mit einem Papierfragebogen absolviert, das Alter dieser Person.

Abbildung 10: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 16 im Anhang)

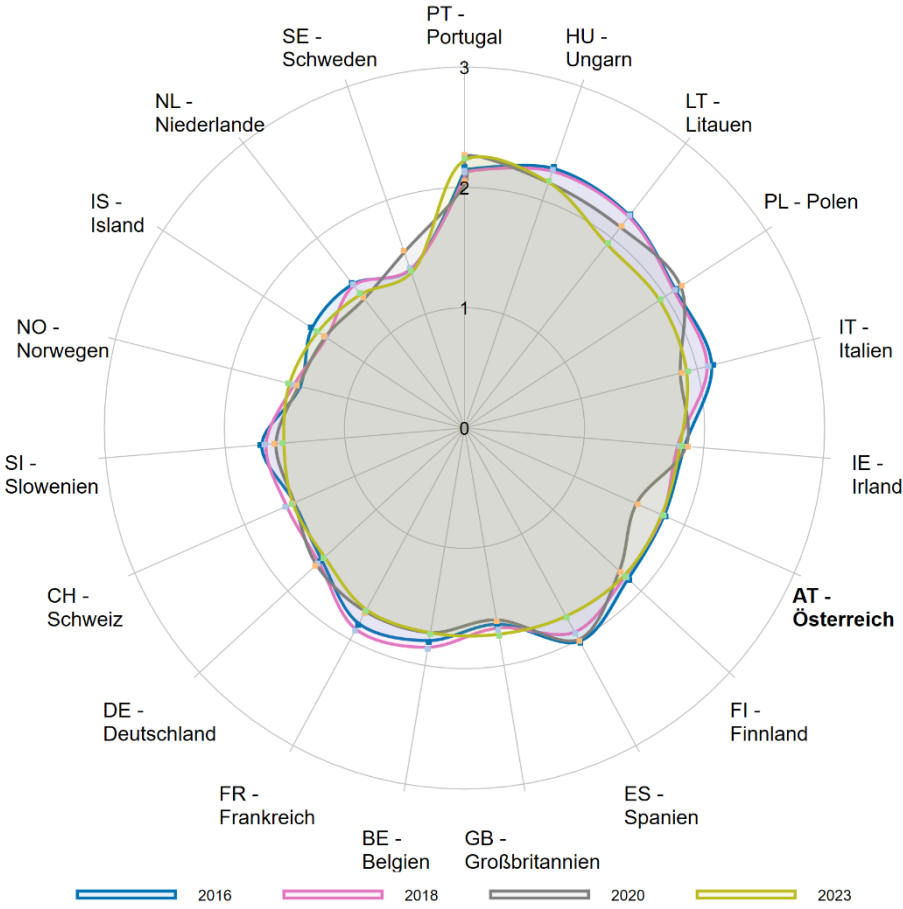
Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation im internationalen Vergleich

Abbildung 11 zeigt nun die subjektiven Empfindungen zur Einkommenssituation im internationalen Vergleich, geordnet nach der Höhe der durchschnittlichen Einschätzungen im Jahr 2023, wobei höhere Werte negativeres Empfinden beschreiben. Hier ist anzumerken, dass Menschen in Österreich sich mit ihrem Empfinden bezüglich ihrer finanziellen Situation (Mittelwert von 1,8) im oberen Mittelfeld der angeführten Länder befinden. Die größten Probleme mit der eigenen finanziellen Situation im Jahr 2023 werden in Portugal berichtet (Mittelwert von 2,3), die vergleichsweise geringsten finanziellen Sorgen werden in Schweden empfunden (Mittelwert von 1,4).

Generell sind die Unterschiede zwischen den Ländern im Zeitverlauf größer als innerhalb der Länder. Dieser Befund war auch zu erwarten, da die wirtschaftliche Entwicklung eines

Landes maßgeblich für die Wahrnehmung der eigenen Einkommenssituation ist und historisch gesehen verändern sich zwischenstaatliche Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen Lage nur langsam.

Abbildung 11: Einschätzung der Einkommenssituation im historischen und internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens



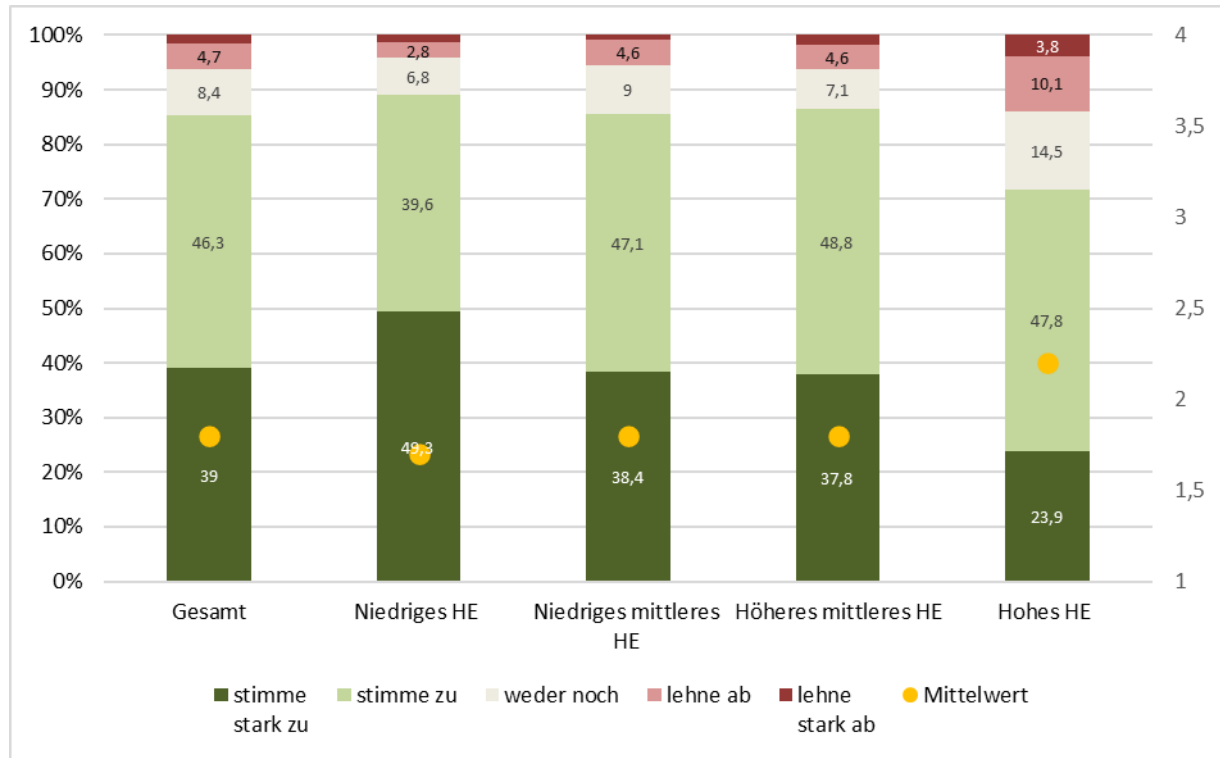
Quelle: ESS 8 – ESS 11; Mittelwerte des Antwortverhaltens (Daten siehe Tabelle 17 im Anhang)

Einstellungen zur Einkommensumverteilung

Die nächsten Absätze konzentrieren sich auf Einstellungen zu der Frage, ob der Staat der Aufgabe nachkommen soll Einkommensunterschiede innerhalb der Bevölkerung zu verringern.¹² Abbildung 12 zeigt diese Einstellungen entlang der Höher der Haushaltseinkommen der befragten Personen, sowie die gesamte Verteilung über alle Personen hinweg. Rund 39% stimmen einer staatlich koordinierten Einkommensumverteilung „stark zu“ und rund 46% „stimmen zu“. Damit ergibt sich ein Anteil von rund 85%, die einer Einkommensumverteilung und damit einer Reduktion der Einkommensunterschiede zustimmen. Dazu kontrastierend beträgt der Anteil jener Personen, die diese Maßnahmen „stark“ oder „sehr stark ablehnen“, rund 6%. Aufgeschlüsselt nach der Höhe des Haushaltseinkommens ergibt sich ein bekanntes Bild, nämlich das die eigene ökonomische Situation Einfluss auf Einstellungen und Präferenzen hat. Die Zustimmung zu Umverteilungsmaßnahmen in Bezug auf das Einkommen wird mit sinkendem Haushaltseinkommen (nahezu) durchgängig stärker. Bei Menschen mit hohem Haushaltseinkommen beträgt diese Zustimmung 24%, bei Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen rund 49%. Zugleich nimmt die Ablehnung staatlicher Einkommensumverteilung mit steigendem Haushaltseinkommen (wiederum nahezu) ständig zu. Rund 1,4% der Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen lehnen solche Maßnahmen ab, jedoch rund 4% mit hohem Haushaltseinkommen.

¹² Der genaue Fragenwortlaut: „Wie sehr stimmen Sie zu oder lehnen Sie ab, dass ...?“ – „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren.“, Skala: „1=Stimme stark zu“, „2=Stimme zu“, „3=Weder noch“, „4=Lehne ab“, „5=Lehne stark ab“

Abbildung 12: Zustimmung zu Einkommensumverteilung nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



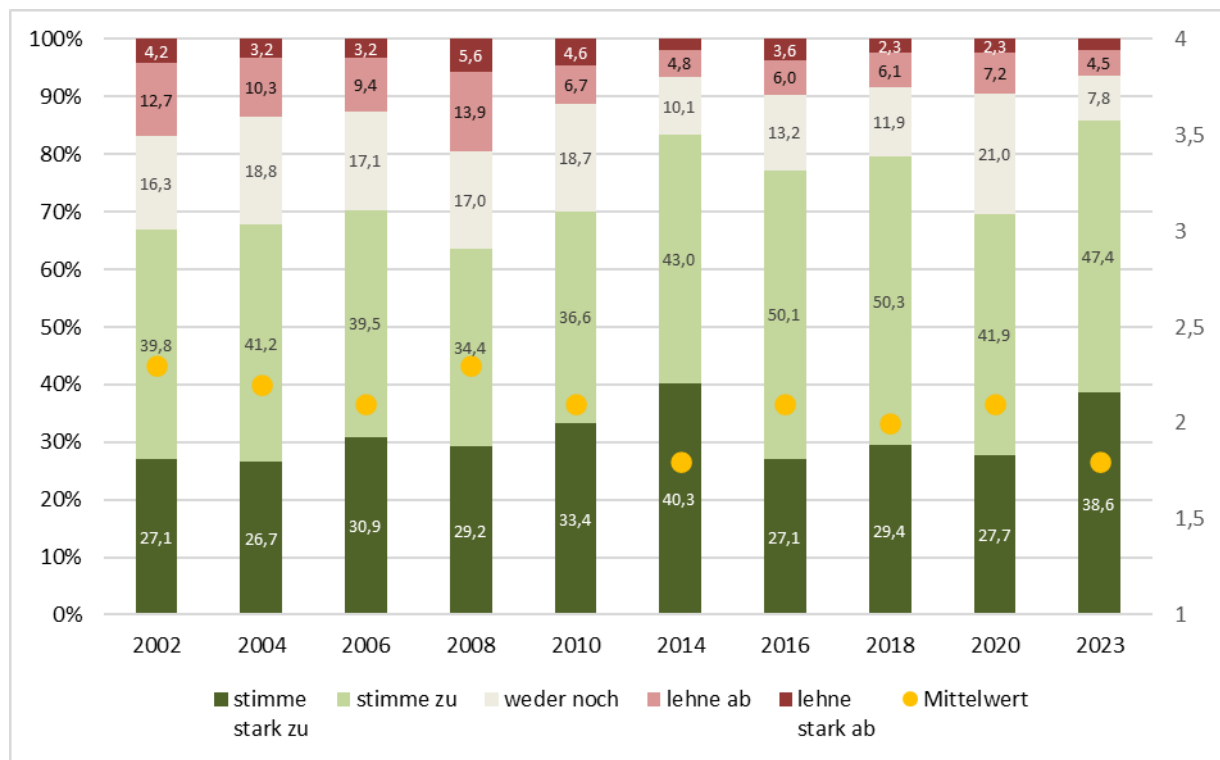
Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 18 im Anhang)

Einstellungen zur Einkommensumverteilung im Zeitverlauf

Die Frage zu den Einstellungen, ob der Staat Maßnahmen ergreifen soll, um Einkommensunterschiede zu reduzieren war ebenfalls bereits seit ESS-Runde 1 im Jahr 2002 im Fragebogen enthalten. Abbildung 13 zeigt dazu den zeitlichen Verlauf für Österreich und präsentiert wiederum die relativen Häufigkeiten und die Jahresdurchschnitte. Obwohl es zwischen den verschiedenen Erhebungswellen zu teils deutlichen Unterschieden im Antwortverhalten kommt, ist dennoch ein Trend der steigenden Zustimmung zu bemerken. Die kombinierten Anteile der Menschen, die staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensunterschieden „stark zustimmen“ bzw. „zustimmen“ ist von rund 67% im Jahr 2002 auf rund 86% im Jahr 2023 angestiegen. Spiegelbildlich dazu ist der Anteil der ablehnenden Einstellungen, also die Antwortkategorien „lehne ab“ bzw. „lehne stark ab“, von knapp 17% im

Jahr 2002 auf rund 6% im Jahr 2023 gesunken. Damit lässt sich festhalten, dass in der österreichischen Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren eine zunehmende Unterstützung von staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensunterschieden zu verorten ist.

Abbildung 13: Zustimmung zu Einkommensumverteilung im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



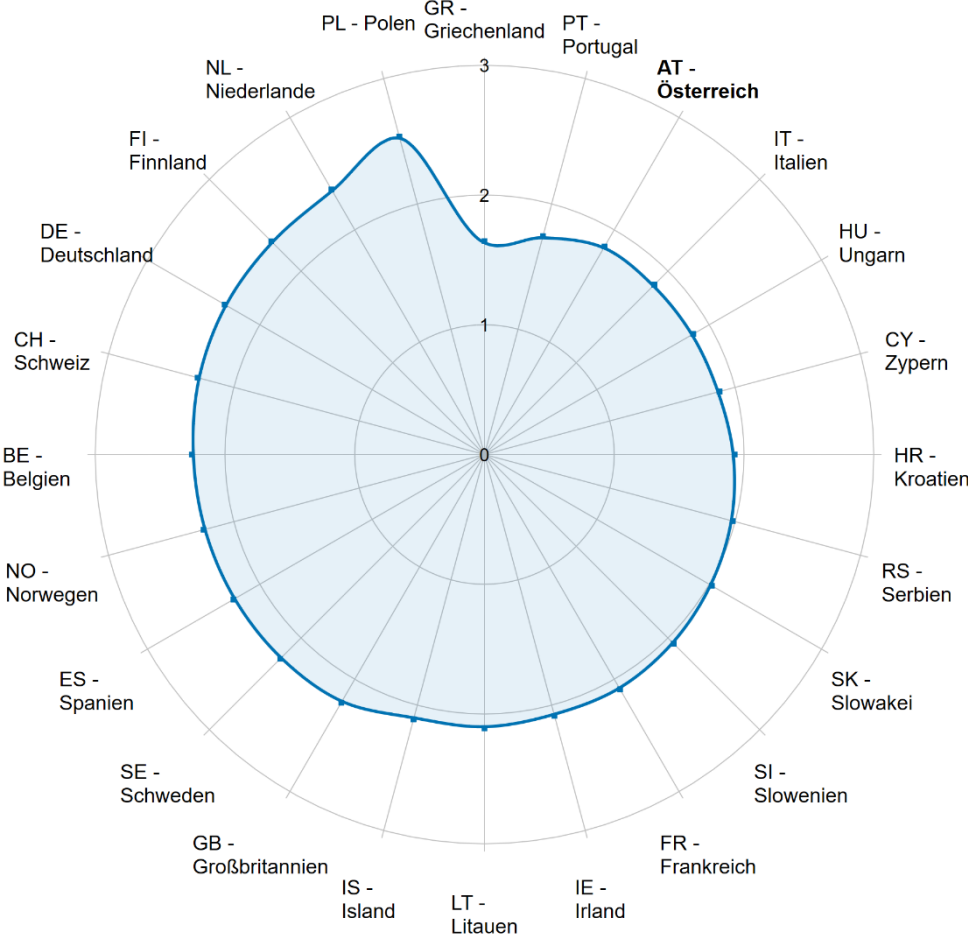
Quelle: ESS 1 – ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 19 im Anhang)

Einstellungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich

Abbildung 14 präsentiert das mittlere Antwortverhalten zu Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich für das Jahr 2023. Dabei zeigt sich das in Polen die stärkste Ablehnung zu staatlichen Umverteilungsmaßnahmen zu finden ist (je höher der Wert desto stärker ist die Ablehnung, in Polen beträgt das mittlere Antwortverhalten 2,5), und in Griechenland ist die stärkste Zustimmung zu finden, mit einem mittleren Antwortverhalten von 1,7.

Österreich findet sich unter den drei Ländern mit der höchsten Zustimmungsrates zu staatlichen Umverteilungsmaßnahmen (AT: 1,8), gemeinsam mit Griechenland und Portugal.

Abbildung 14: Einstellungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens



Quelle: ESS 11; Mittelwerte des Antwortverhaltens (Daten siehe Tabelle 20 im Anhang)

6 Einstellungen zu Aufgaben und Verantwortung der Regierung: Sozialpolitische Handlungsfelder und Finanzierungsinstrumente

Sozialpolitische Handlungsfelder

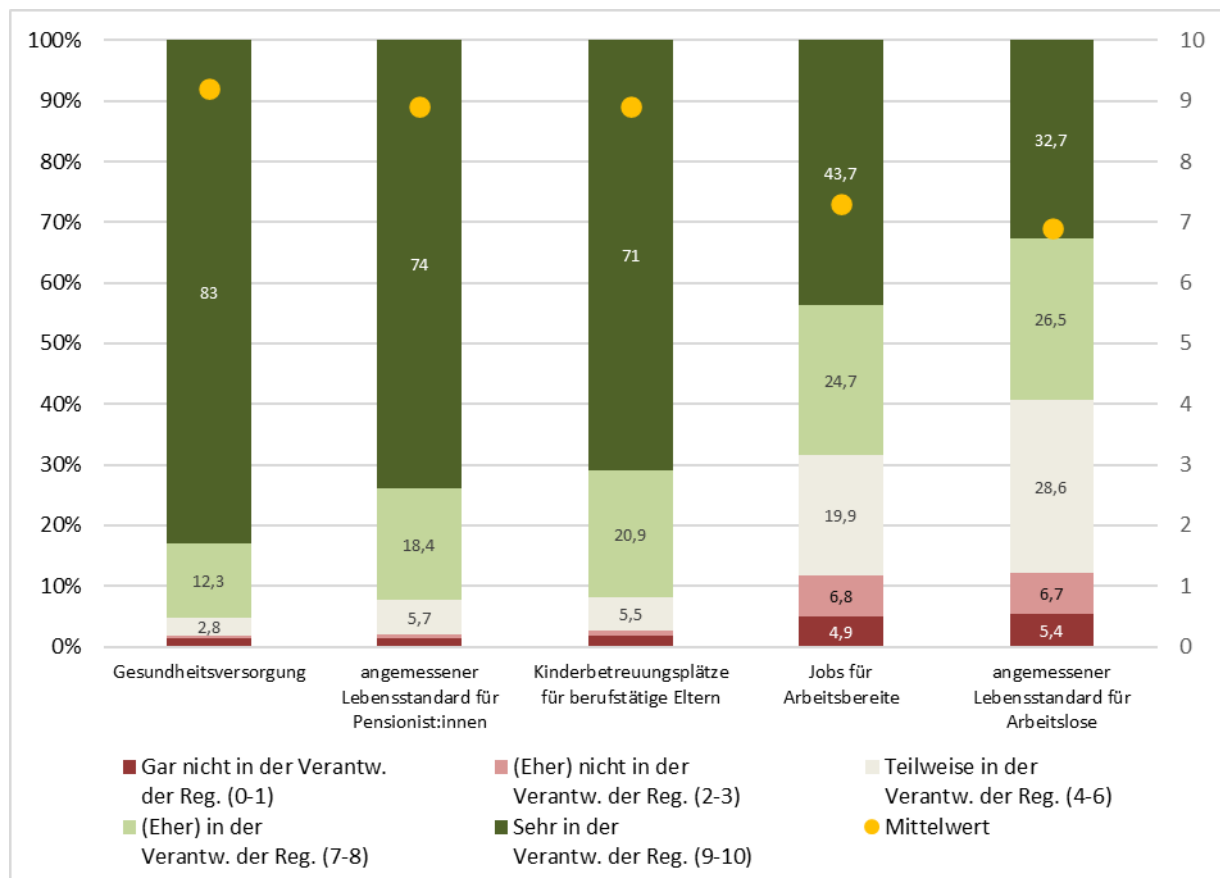
Österreich besitzt eine lange Tradition breit ausgebauter öffentlicher sozial- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Dennoch gibt es unterschiedliche politische und gesellschaftliche Ansichten dazu, inwieweit die jeweiligen Aufgaben in der Verantwortung der Regierung liegen sollen bzw. wie die gegenständlichen Instrumente konkret ausgestaltet sein sollen.

Betreffend die Einstellungen zur sozialpolitischen Regierungsverantwortung beinhaltet die Nationale Fragenbatterie des ESS 11 fünf Fragen. Abgefragt wurde, inwieweit die folgenden Aufgaben in der Verantwortung der Regierung liegen sollen: die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung, die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für Menschen in Pension bzw. für Arbeitslose, die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für berufstätige Eltern und die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für arbeitsbereite Personen.¹³

¹³ Der konkrete Fragenwortlaut ist: „[...] Sagen Sie mir bitte auf einer Skala von 0 bis 10, inwieweit diese Aufgaben in der Verantwortung der Regierung liegen sollten. [...]“ – „einen Arbeitsplatz für jede und jeden bereitstellen, der oder die arbeiten will“ (n=2.320), „die gesundheitliche Versorgung für die Gesamtbevölkerung sicherstellen“ (2.341), „einen angemessenen Lebensstandard für Rentner oder Rentnerinnen und Pensionisten oder Pensionistinnen sicherstellen“ (2.341), „einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicherstellen“ (n=2.318), „ausreichend Kinderbetreuungsplätze für berufstätige Eltern sicherstellen“ (n=2.309), Skala: „0=Sollte gar nicht in der Verantwortung der Regierung liegen“ bis „10=Sollte ganz in der Verantwortung der Regierung liegen“

Die Erhebung erfolgte ursprünglich entlang einer 11-Punkte Skala (reichend von 0 = „gar nicht in der Verantwortung der Regierung“ bis 10 = „ganz in der Verantwortung der Regierung“ und wurde hier zur besseren Lesbarkeit in eine fünfstufige Skala zusammengefasst (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 21 im Anhang)

Betreffend die fünf genannten Bereiche der Regierungsverantwortung gibt es grundsätzlich einen großen Konsensus in der Gesellschaft. Die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards, von sozialen Dienstleistungen sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden, trotz einiger Differenzierungen, grundsätzlich stark in der Verantwortung der Regierung verortet. Es wird eine aktive Regierung gewünscht, wobei jedoch die Zustimmungsraten im Handlungsfeld Arbeitslosigkeit niedriger ausfallen als bei den anderen Items.

Der höchste Wert perzipierter Regierungsverantwortung existiert im Bereich der Gesundheitsversorgung, wo über 95% der Befragten diese Aufgabe bei der Regierung sehen, gefolgt von jeweils ca. 92% für die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für berufstätige Eltern und für die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für Menschen in Pension. Mit ca. 68% sieht eine Mehrheit der Befragten die Bereitstellung von Jobs für arbeitsbereite Personen im Aufgabenbereich der Regierung. Die niedrigste Zustimmung gibt es bei der Frage zur Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose, was knapp 60% in der Verantwortung der Regierung sehen.

Die durchschnittliche Zustimmung zu sozialpolitischer Regierungsverantwortung, gemessen als Mittelwert des Antwortverhaltens, variiert in nur geringem Ausmaß nach soziodemografischen Faktoren (siehe Tabelle 3). Allerdings sehen zum Beispiel ältere Personen (im Alter von 65 und mehr Jahren) die Sicherstellung von Jobs für Arbeitsbereite und die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose etwas weniger in der Verantwortung der Regierung als jüngere Personen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren. Eine ähnliche Differenzierung zeigt sich betreffend Kinderbetreuungsplätzen. Weiters fällt auf, dass Personen mit einem hohen Haushaltseinkommen (Mittelwert des Antwortverhaltens: 6,3) substantiell weniger stark als Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen (Mittelwert des Antwortverhaltens: 7,7) dafür eintreten, dass die öffentliche Hand für Jobs für Arbeitsbereite sorgen sollte. Zugleich unterscheiden sich die Mittelwerte des Antwortverhaltens von Befragten mit hohen bzw. niedrigen Haushaltseinkommen nicht bei der Frage nach der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose.

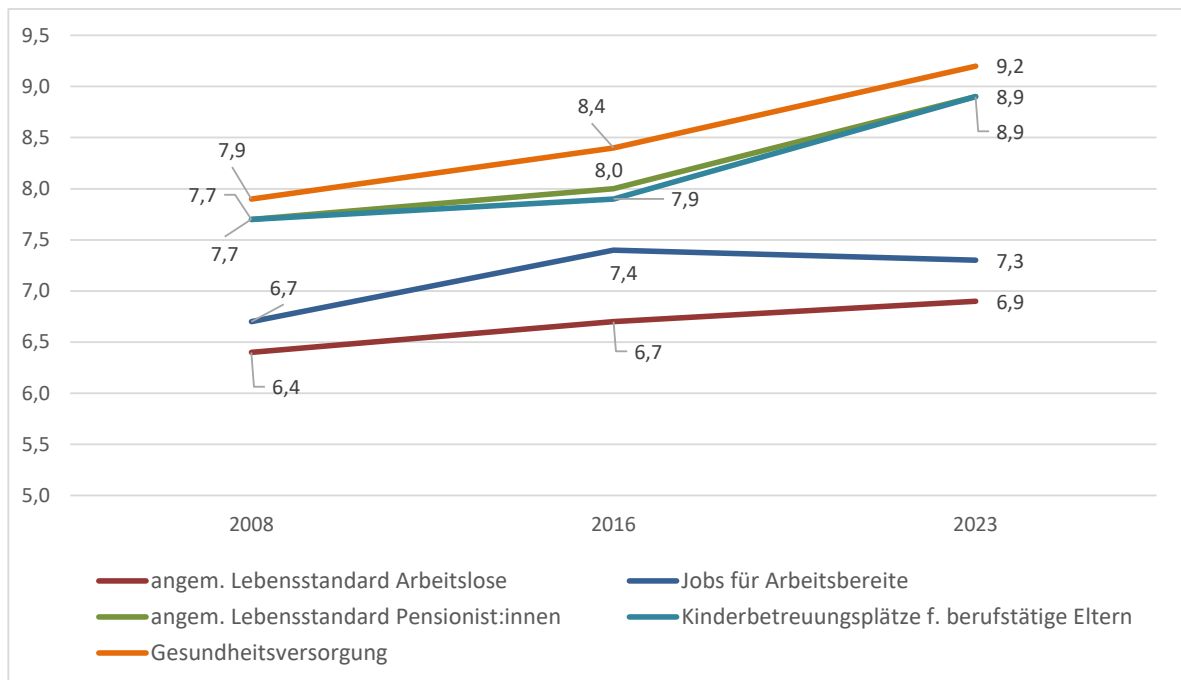
Im längerfristigen Zeitvergleich hat die Zustimmung zu sozialpolitischer Regierungsverantwortung in Österreich der Tendenz nach zugenommen. Abbildung 16 zeigt die Mittelwerte des Antwortverhaltens für die hier behandelten fünf sozialpolitischen Items für die Jahre 2008 (ESS4), 2016 (ESS8) und 2023 (ESS11). Mit Ausnahme der Sicherstellung von Jobs für Arbeitsbereite gibt es bei allen sozialpolitischen Handlungsfeldern einen durchgängigen Anstieg der mittleren Zustimmung zu Regierungsverantwortung, ausgehend von einem vorher schon hohen Niveau. Das deutet in die Richtung, dass die Absicherung von sozialen Risiken und die Sicherstellung von sozialer Inklusion im Vergleich zu vor 15 Jahren heute im Durchschnitt weiter verstärkt als öffentliche Aufgabenbereiche wahrgenommen werden.

Tabelle 3: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren

Soziodemografische Faktoren	Jobs für Arbeitsbereite	Gesundheitsversorgung	Lebensstandard für Pensionist:innen	Lebensstandard für Arbeitslose	Kinderbetreuungsplätze f. berufstätige Eltern
Geschlecht					
Männlich	7,1	9,2	8,8	6,8	8,7
Weiblich	7,5	9,2	9,0	6,9	9,0
Altersgruppen					
15-29	7,8	9,3	8,9	7,6	9,2
30-44	7,4	9,2	8,8	7,2	9,0
45-64	7,2	9,2	8,9	6,8	8,8
65+	7,3	9,2	9,1	6,5	8,7
Bildungsabschluss					
Keine Pflichtschule	7,2	8,8	9,5	6,9	8,9
Pflichtschule	8,1	9,4	9,2	6,7	8,8
Lehre/mittlerer Abschluss	7,5	9,3	9,1	6,9	9,0
Höherer Schulabschluss	6,9	9,1	8,7	6,9	8,8
Tertiärer Abschluss	6,6	8,9	8,4	6,9	8,6
Haushaltseinkommen					
Niedriges HE	7,7	9,2	9,1	6,9	8,9
Niedriges mittleres HE	7,3	9,3	9,1	6,9	8,9
Höheres mittleres HE	7,4	9,1	8,8	6,9	8,8
Hohes HE	6,3	9,1	8,5	6,9	8,7
Hauptaktivität					
Bezahlte Arbeit	7,4	9,2	8,8	7,0	8,9
Inaktiv	7,9	9,6	9,3	6,8	9,3
Arbeitslos	7,2	8,9	8,8	7,7	8,9
Arbeitsunfähig	7,2	8,7	8,6	8,1	8,6
Pension	7,2	9,2	9,0	6,6	8,8

Quelle: ESS 11, Gewicht (dweight)

Abbildung 16: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung im historischen Vergleich in Österreich; Mittelwerte des Antwortverhaltens

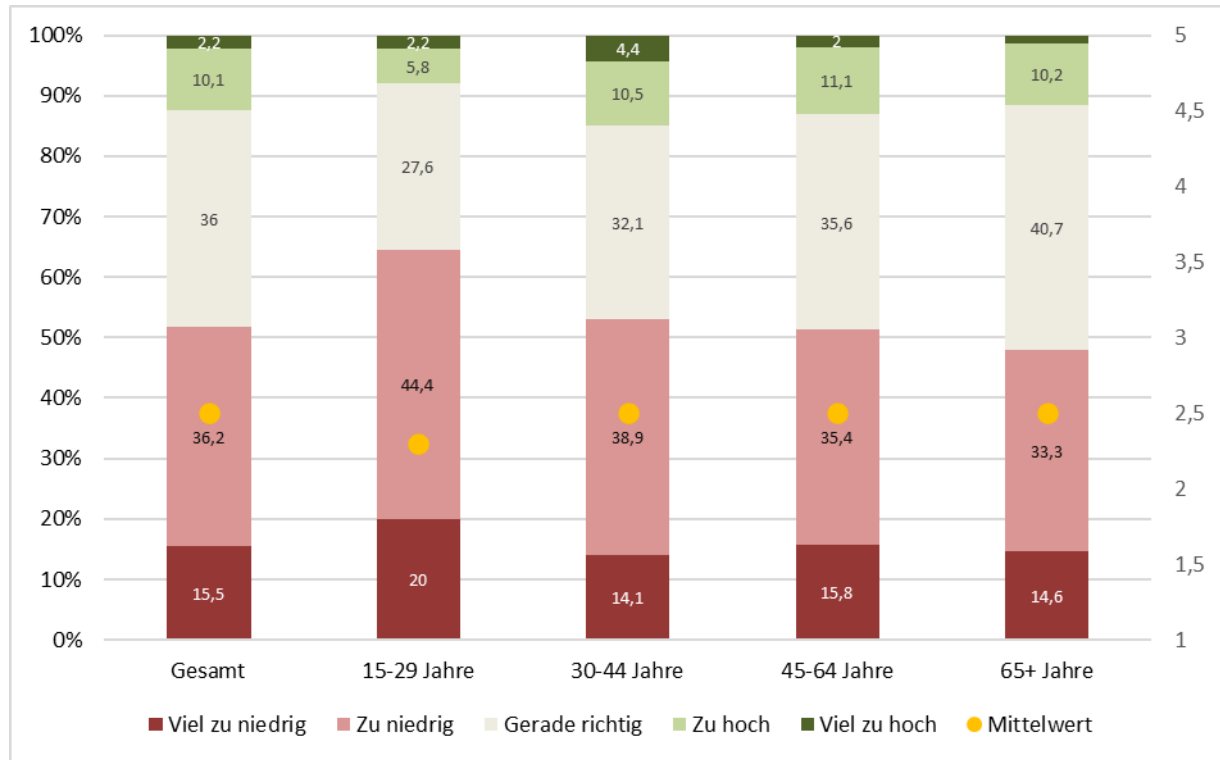


Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 22 im Anhang)

Wiederholt Gegenstand medialer und politischer Debatten waren in den letzten Jahren die Systeme der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung. Im ESS 11 wurde abgefragt, wie die Respondent:innen die Höhe der Sozialhilfe/Mindestsicherung einschätzen (vgl. Abbildung 17).¹⁴ Die Frage zur Leistungshöhe der Mindestsicherung für eine alleinlebende Person in Österreich (1.054 Euro pro Monat im Jahr des Erhebungszeitraums 2023) wird auf einer fünfstufigen Skala erfasst (1= „viel zu niedrig“ bis 5= „viel zu hoch“). Insgesamt erachteten 52% der Befragten diese als zu niedrig oder viel zu niedrig. Ungefähr ein Drittel (36%) sehen diesen Betrag als gerade richtig an und rund 12% als zu hoch oder viel zu hoch.

¹⁴ Der konkrete Fragenwortlaut ist: „Haushalte mit geringen Einkommen und Vermögen können in Österreich Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung beziehen. Für eine alleinlebende Person beträgt die Basisleistung aktuell maximal 1.054 Euro pro Monat. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diese Leistungshöhe für zu niedrig, für gerade richtig, oder für zu hoch halten. Die Leistungshöhe der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung ist...“ (n= 2.240) – Skala „1=Viel zu niedrig“, „2=Zu niedrig“, „3=Gerade richtig“, „4=Zu hoch“, „5=Viel zu hoch“

Abbildung 17: Einstellungen zur Höhe der Mindestsicherung nach Altersgruppen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 23 im Anhang)

Betrachtet nach soziodemographischen Faktoren ist insgesamt die Differenzierung nach Altersgruppen am auffälligsten. Jüngere Respondent:innen (im Alter zwischen 15 und 29 Jahren) schätzen die Mindestsicherung/Sozialhilfe häufiger als viel zu niedrig bzw. zu niedrig ein (Mittelwert des Antwortverhaltens: 2,3) als Personen höheren Alters (Mittelwert des Antwortverhaltens: 2,5). Vergleichsweise häufiger als andere Gruppen schätzen auch Personen mit niedrigen Haushaltseinkommen und arbeitsunfähige Personen die Mindestsicherung/Sozialhilfe häufiger als viel zu niedrig bzw. zu niedrig ein (vgl. Appendix Tabelle 5).

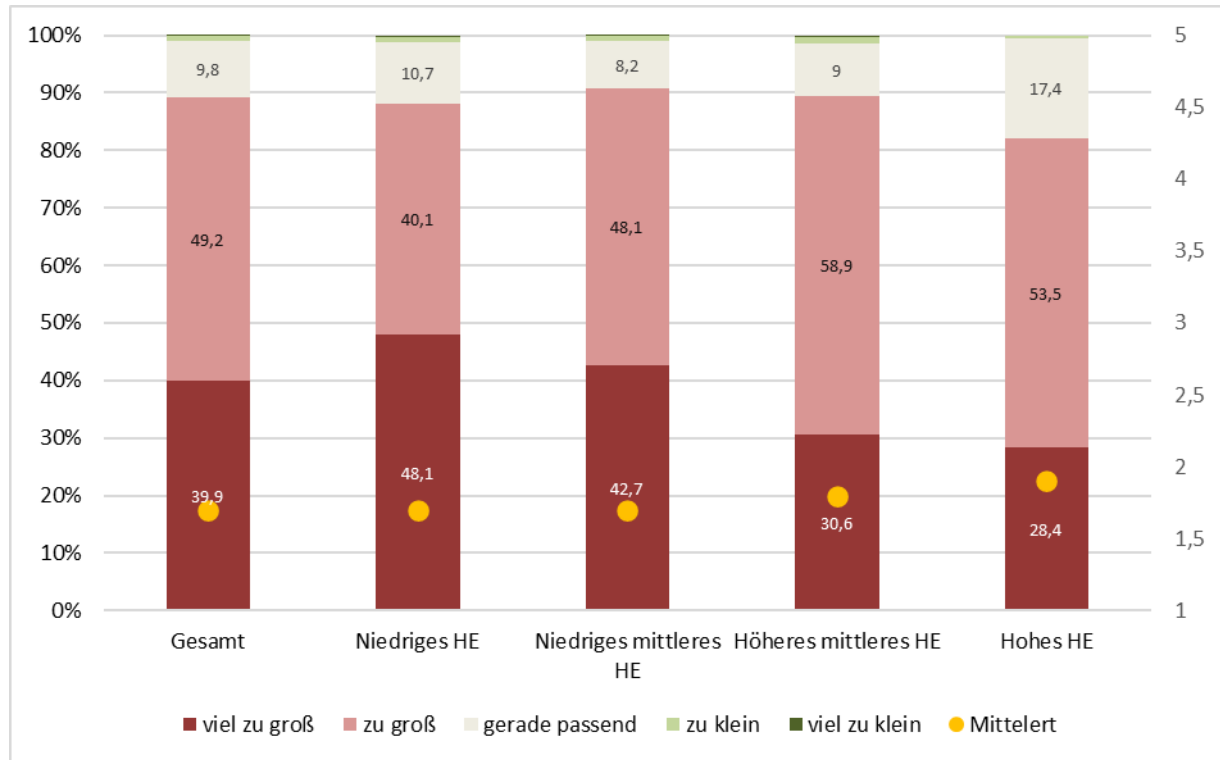
Vermögensunterschiede und Finanzierungsinstrumente

Neben Fragen zu Präferenzen zur Regierungsverantwortung in unterschiedlichen sozialpolitischen Handlungsfeldern und zu Wahrnehmungen zur Höhe der Sozialhilfe/Mindestsicherung umfasst die Nationale Fragenbatterie des ESS 11 auch Items zu Wahrnehmungen zu Vermögensunterschieden sowie zu Finanzierungsinstrumenten staatlicher Maßnahmen.¹⁵

Die bestehenden Vermögensungleichheiten werden dabei von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung kritisch beurteilt. Diese Frage wurde entlang einer fünfteiligen Skala erhoben, reichend von 1 = „Vermögensungleichheiten sind viel zu groß“ bis 5 = „Vermögensungleichheiten sind viel zu klein“. Insgesamt fast 40% antworten, dass die Vermögensunterschiede „viel zu groß sind“, und weitere 49%, dass sie „zu groß“ sind (vgl. Abbildung 18). Bei einem (eher) niedrigen Haushaltseinkommen ist die Wahrnehmung, dass Vermögensungleichheiten „viel zu groß sind“ noch stärker verbreitet als in der Gesamtstichprobe, während diese Einstellungsausprägung mit der Höhe des Haushaltseinkommens der Tendenz nach abnimmt.

¹⁵ Der konkrete Fragenwortlaut ist: „Haushalte haben in Österreich unterschiedlich hohe finanzielle Vermögen. [WENN Split=B: Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt in Österreich 2,5% aller Vermögen, die reichsten 10% besitzen 66% aller Vermögen]. Sagen Sie mir bitte, ob diese bestehende Vermögensungleichheit Ihrer Meinung nach viel zu groß, zu groß, gerade passend, zu klein oder viel zu klein ist.“ (Split A: n= 1.152, Split B: n=1.132) – Skala: „1=Viel zu groß“, „2=Zu groß“, „3=Gerade passend“, „4=Zu klein“, „5=Viel zu klein“

Abbildung 18: Einstellungen zu Vermögensunterschieden nach Einkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



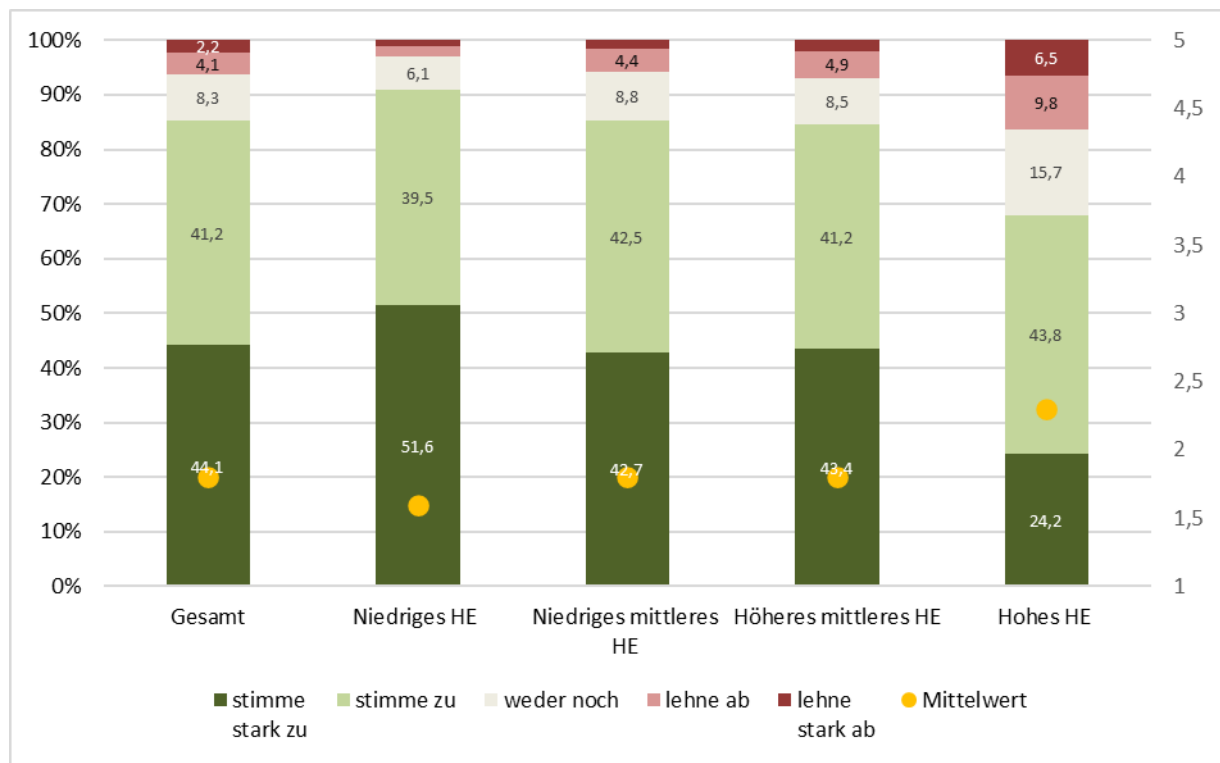
Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 24 im Anhang)

Ähnlich wie im Zusammenhang mit Einkommen (vgl. oben die Ausführungen zu den Einstellungen bzgl. staatlicher Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensdifferenzen) wurde erhoben, ob der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Vermögensunterschiede zu reduzieren.¹⁶ Die fünfteilige Antwortskala reicht dabei von 1 = „stimme stark zu“ bis 5 = „lehne stark ab“ (vgl. Abbildung 19). Insgesamt sind über 85% der Befragten dafür oder stark dafür, dass der Staat Maßnahmen ergreifen soll, um Vermögensunterschiede zu reduzieren. Ähnlich wie bei den Einstellungen zur Reduktion von Einkommensunterschieden, ist die Mehrheit dafür bei Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen am größten, aber auch bei Personen in Haushalten mit hohem Einkommen unterstützen insgesamt 68% einschlägige öf-

¹⁶ Der konkrete Fragenwortlaut ist: „Verwenden Sie bitte diese Karte und sagen Sie mir, wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.“ – „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Vermögensunterschiede zu reduzieren.“ (n=2.296), Skala: „1=Stimme stark zu“, „2=Stimme zu“, „3=Weder noch“, „4=Lehne ab“, „5=Lehne stark ab“

fentliche Maßnahmen. Zugleich lehnen 9,8% dieser Gruppe staatliche Maßnahmen zur Vermögensreduktion ab und 6,5% dieser Gruppe lehnen solche Maßnahmen stark ab. Differenzierungen nach anderen soziodemographischen Faktoren sind im Vergleich dazu eher gering (vgl. unten Tabelle 4).

Abbildung 19: Zustimmung zur Reduktion von Vermögensunterschieden nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



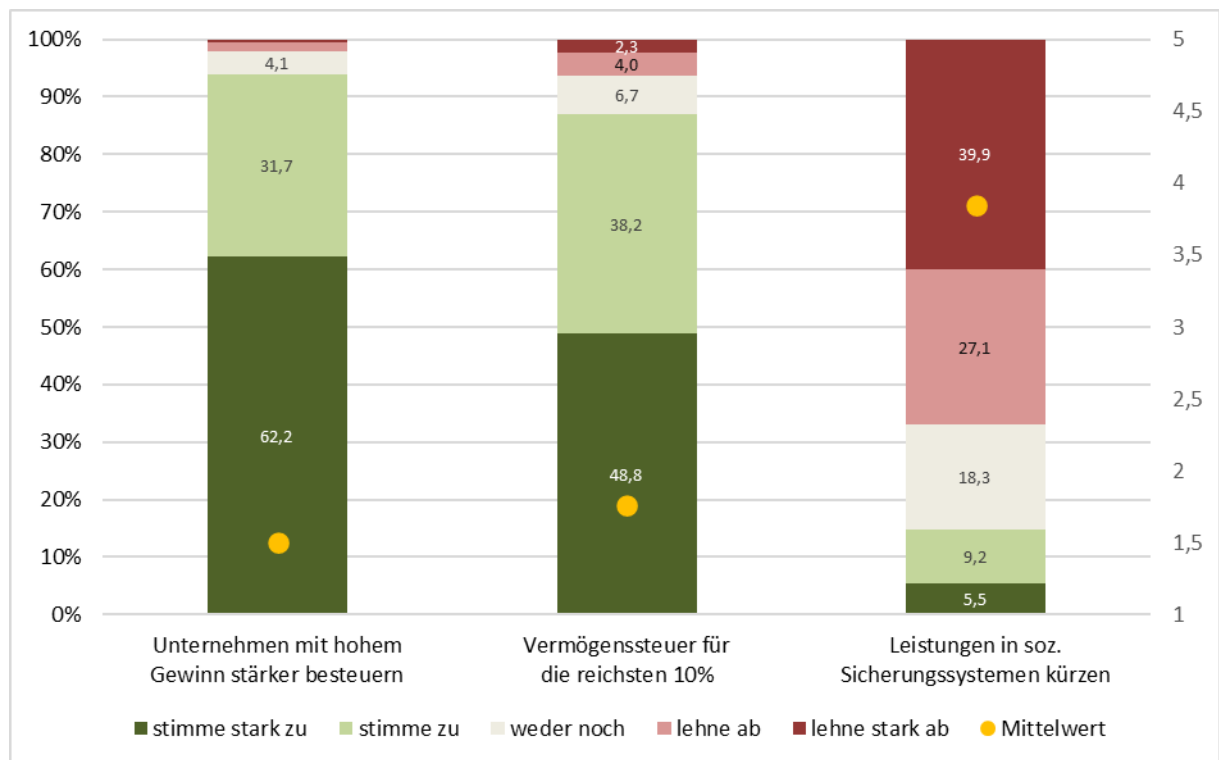
Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 25 im Anhang)

Staatliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Abfederung der Corona-Pandemie und der Teuerung in den letzten Jahren haben die öffentlichen Haushalte stark belastet. Vor diesem Hintergrund widmeten sich die Nationale Fragenbatterie des ESS11 auch der Zustimmung zu unterschiedlichen Maßnahmen zur Finanzierung dieser Kosten (vgl. Abbildung 20).

Dabei wurde wiederum eine fünfstufige Antwortskala verwendet, reichend von 1 = „stimme stark zu“ bis 5 = „lehne stark ab“, und die Möglichkeiten zur Finanzierung umfassten fol-

gende Punkte: „die Einführung einer Vermögenssteuer für jene zehn Prozent der Personen/Haushalte in Österreich mit den höchsten Vermögen“, „eine höhere Besteuerung von Unternehmen, die hohe Gewinne aufweisen aber bisher in Österreich wenig Steuern zahlen“ und „Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen“.¹⁷

Abbildung 20: Einstellungen zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)



Quelle: ESS 11; Häufigkeiten und Durchschnitt (Daten siehe Tabelle 26 im Anhang)

¹⁷ Der konkrete Fragenwortlaut ist: „Die öffentlichen Ausgaben sind in den letzten Jahren stark angestiegen, unter anderem zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und für Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung. Wie sollen diese Kosten zukünftig getragen werden? Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie den folgenden Möglichkeiten zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.“ – „die Einführung einer Vermögenssteuer für jene zehn Prozent der Personen/Haushalte in Österreich mit den höchsten Vermögen“ (n=2.283), „eine höhere Besteuerung von Unternehmen, die hohe Gewinne aufweisen aber bisher in Österreich wenig Steuern zahlen“ (n=2.319), „Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen“ (n=2.275), Skala: „1=Stimme stark zu“, „2=Stimme zu“, „3=Weder noch“, „4=Lehne ab“, „5=Lehne stark ab“

Rund 87% befürworten eine Vermögenssteuer für die reichsten zehn Prozent, wobei 49% stark zustimmen und 38% zustimmen. Zudem gibt es Unterschiede nach Bildungs- und Einkommensstand. Die höchste Einkommensklasse stimmt einer Vermögenssteuer mit 38% stark zu, während es bei jenen aus der niedrigsten Haushaltseinkommensklasse 61% sind. Betreffend die formale Bildung ist die Zustimmung bei jenen mit Pflichtschulabschluss bzw. Lehre/mittlerem Abschluss stärker als bei jenen mit höherem Schulabschluss bzw. tertiärem Abschluss¹⁸ (vgl. unten Tabelle 4). Besonders hohe Grade der Zustimmung finden sich auch bei arbeitsunfähigen und ökonomisch inaktiven Personen.

Mehr als neun von zehn Befragten sehen weiters eine höhere Besteuerung von Unternehmen mit geringer Steuerleistung und hohen Gewinnen als angemessen an. Knapp zwei Drittel (62%) stimmen stark zu, und fast ein Drittel stimmt zu (32%). Je niedriger das Haushaltseinkommen, desto stärker die Zustimmung (vgl. Tabelle 4). 70% der Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen stimmen einer höheren Besteuerung von Unternehmen stark zu, während dies für 58% und 59% der jeweils höheren-mittleren und hohen Einkommensklasse zutrifft.

Die Idee Sozialleistungen zu kürzen, um öffentliche Ausgaben zu finanzieren, trifft auf den Widerstand der überwiegenden Mehrheit. Insgesamt sind 67% der Befragten dagegen (27% lehnen ab und 40% lehnen stark ab). Überdurchschnittlich hoch ist hier die Ablehnung insbesondere bei arbeitslosen Personen (34% lehnen ab und 52% lehnen stark ab) und bei Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen (27% lehnen ab und 46% lehnen stark ab). Mehrheiten gegen Kürzungen von Sozialleistungen gibt es aber auch bei erwerbstätigen Personen („bezahlte Arbeit“) (26% lehnen ab und 38% lehnen stark ab) und bei Personen mit hohem Haushaltseinkommen (jeweils 34% lehnen ab und lehnen stark ab).

Insgesamt deuten die hier diskutierten Ergebnisse in die Richtung, dass sozialpolitische Maßnahmen in der österreichischen Bevölkerung eine breite Unterstützung erfahren. Die bestehenden Vermögensunterschiede werden kritisch gesehen und Maßnahmen zu ihrer Verringerung werden auf breiter Basis unterstützt. Es gibt eine starke Präferenz für Vermögenssteuern gegenüber den reichsten Bevölkerungsteilen und für eine höhere Besteuerung von Unternehmen mit hohen Gewinnen. Kürzungen im Sozialsystem werden hingegen von

¹⁸ Die Ergebnisse zu Personen mit „keine Pflichtschule“ als Bildungsabschluss sind wegen einer zu geringen Zellbesetzung nicht interpretierbar.

der weit überwiegenden Mehrheit der Respondent:innen abgelehnt. Trotz Differenzierungen gibt es in allen ausgewiesenen soziodemographischen Gruppen eine klare Mehrheit im Sinne der skizzierten Präferenzen.

Tabelle 4: Einstellungen zu Maßnahmen zur Vermögensumverteilung und zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Soziodemografische Faktoren	Reduktion Vermögensunterschiede	Vermögenssteuer für die reichsten 10%"	Unternehmen mit hohem Gewinn stärker besteuern	Leistungen in sozialen Sicherungssystemen kürzen
Geschlecht				
Männlich	1,8	1,8	1,5	3,9
Weiblich	1,8	1,7	1,4	3,9
Altersgruppen				
15-29	1,7	1,7	1,5	3,9
30-44	1,8	1,8	1,5	3,8
45-64	1,8	1,7	1,5	3,9
65+	1,8	1,7	1,4	3,9
Bildungsabschluss				
Keine Pflichtschule	1,8	1,8	1,7	4,1
Pflichtschule	1,7	1,6	1,5	3,6
Lehre/mittlerer Abschluss	1,7	1,6	1,4	3,9
Höherer Schulabschluss	1,9	1,9	1,4	3,8
Tertiärer Abschluss	1,9	2,0	1,6	4,0
Haushaltseinkommen				
Niedriges HE	1,6	1,5	1,4	3,9
Niedriges mittleres HE	1,8	1,7	1,4	4,0
Höheres mittleres HE	1,8	1,8	1,5	3,8
Hohes HE	2,3	2,1	1,6	3,8
Hauptaktivität				
Bezahlte Arbeit	1,8	1,8	1,5	3,8
Inaktiv	1,7	1,6	1,4	3,4
Arbeitslos	1,8	1,8	1,5	4,3
Arbeitsunfähig	1,7	1,5	1,4	4,0
Pension	1,8	1,7	1,4	4,0

Quelle: ESS11, Gewicht (dweight)

7 Fazit

Befragte in Österreich haben ein vergleichsweise geringes Vertrauen in parteipolitische Akteur:innen (politische Parteien und Politiker:innen). Dennoch nimmt das Institutionenvertrauen (welches auch das nationale Parlament, die Justiz und die Polizei adressiert) in Österreich über die Zeit der Tendenz nach zu. Zudem ist dieses Vertrauen in die politischen und staatlichen Institutionen im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld zu finden. Allgemein ist also festzuhalten, dass die österreichische Wohnbevölkerung Vertrauen in die Institutionen des politischen und administrativen Systems in Österreich haben.

Außerdem beurteilen rund 50% der befragten Personen das Bildungs- und 60% das Gesundheitssystem eindeutig positiv, d.h. auch hier spiegelt sich die Akzeptanz der österreichischen Institutionen.

Mittlere Zufriedenheitswerte erfährt die Ausgestaltung der österreichischen Demokratie. Die kritischste Beurteilung zeigt sich erneut betreffend parteipolitische Akteur:innen, namentlich bei der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit.

Die höchsten Zustimmungswerte (zumindest zufrieden) finden sich bei der Lebenszufriedenheit: 85% der Befragten sind mit ihrem Leben eher oder sehr zufrieden.

Vor dem Kontrast der oben dargestellten – auch im internationalen Vergleich – in der Regel hohen generellen Vertrauens- und Zufriedenheitswerte, können die folgenden Befunde zu konkreten Fragen um Einkommens- und Vermögensungleichheiten und zu sozialpolitischen Maßnahmen festgehalten werden.

Im Durchschnitt zeigt sich in Österreich eine im Zeitverlauf steigende Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensungleichheiten. Im Jahr 2023 stimmten 85% der Befragten staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensungleichheiten (stark) zu. Dieser Befund spiegelt sich zugleich in den Einstellungen zur Reduktion von Vermögensungleichheiten. Auch hier geben rund 85% an, dass sie staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Vermögensungleichheiten (stark) zustimmen. Gleichzeitig äußern knapp 90% der befragten Menschen in Österreich, dass die bestehenden Vermögensungleichheiten in Österreich (viel) zu groß sind.

Allgemein bestehen daneben sehr hohe und über die letzte Dekade hinweg der Tendenz nach ansteigende Zustimmungsraten zu sozialpolitischer Regierungsverantwortung. Auf einer 11-teiligen Skala der präferierten Regierungsverantwortung (0 = „gar nicht in der Verantwortung der Regierung“ bis 10 = „ganz in der Verantwortung der Regierung“) steigt der Mittelwert des Antwortverhaltens zwischen 2008 und 2023 betreffend die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von 7,9 auf 9,2, für die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards von Pensionist:innen und für die Sicherstellung von Kinderbetreuungsplätzen für berufstätige Eltern von 7,7 auf 8,9, bei der Bereitstellung von Jobs für Arbeitswillige von 6,7 auf 7,3 und betreffend die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards von Arbeitslosen von 6,4 auf 6,9 (vgl. Tabelle 22). In anderen Worten: ein sehr hoher und tendenziell zunehmender Anteil der Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Bearbeitung bzw. Absicherung von sozialen Risiken wie Alter, Krankheit, Kinderbetreuung und Arbeitslosigkeit (weiterhin) in die Verantwortung der Regierung fallen sollte.

Ein zunehmend in medialen und politischen Debatten adressiertes Thema ist die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung. Tatsächlich wird das Niveau der Sozialhilfe / Mindestsicherung (bezogen auf einen 1-Personen-Haushalt) von einer knappen absoluten Mehrheit der Befragten als (viel) zu niedrig empfunden. Noch stärker ist diese Ansicht bei jungen Menschen vertreten, wo fast zwei Drittel der Meinung sind, dass die ggst. Leistung (viel) zu niedrig bemessen ist.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einstellungen zu Instrumenten der Finanzierung bzw. Gegenfinanzierung der hohen Belastungen öffentlicher Budgets, die unter anderem auf Maßnahmen während der Covid-19 Pandemie und zur Abfederung der rezenten Teuerungswelle zurückzuführen sind. Weniger als 15% befürworten eine Refinanzierung mittels Leistungskürzungen in sozialen Sicherungssystemen, während 40% stark ablehnen und 27% ablehnen. Hingegen stimmen mehr als 85% einer Vermögenssteuer für die reichsten 10% (stark) zu und 95% einer stärkeren Besteuerung von Unternehmen mit hohen Gewinnen.

Insgesamt ergibt sich damit der Befund einer hohen Zustimmung zu sozialstaatlicher Absicherung sozialer Risiken, wie auch betreffend von öffentlichen Maßnahmen zur Reduktion von Einkommens- und Vermögensungleichheiten. Für alle drei Bereiche staatlicher Steuerung zeigt sich in der Bevölkerung grundsätzlich eine breite Basis dafür, dass staatliche Eingriffe, die diese Ziele verfolgen, als legitim erachtet werden.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren	13
Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und gesellschaftlichen Einrichtungen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren.....	22
Tabelle 3: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren	39
Tabelle 4: Einstellungen zu Maßnahmen zur Vermögensumverteilung und zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	48
Tabelle 5: Einstellungen zu Mindestsicherung in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren	56
Tabelle 6: Einstellungen zu Vermögensungleichheit in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren	57
Tabelle 7: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	58
Tabelle 8: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen in Österreich im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens	59
Tabelle 9: Vertrauen in politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	60
Tabelle 10: Vertrauen in die Polizei, die Justiz und in Politik* im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	61
Tabelle 11: Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und der Arbeit der Regierung 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	62
Tabelle 12: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der österreichischen Demokratie 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	62
Tabelle 13: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Demokratie im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	63
Tabelle 14: Zufriedenheit mit dem Leben, Regierung und Wirtschaftslage im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	64
Tabelle 15: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation nach ökonomischem Status 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens	65
Tabelle 16: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	66
Tabelle 17: Einschätzung der Einkommenssituation im historischen und internationalen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens	67

Tabelle 18: Zustimmung zu Einkommensumverteilung nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	68
Tabelle 19: Zustimmung zu Einkommensumverteilung im historischen Vergleich, Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	69
Tabelle 20: Einschätzungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	70
Tabelle 21: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	71
Tabelle 22: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens	71
Tabelle 23: Einstellungen zur Höhe der Mindestsicherung nach Altersgruppen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens.....	72
Tabelle 24: Einstellungen zu Vermögensunterschieden nach Einkommen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens	72
Tabelle 25: Zustimmung zur Reduktion von Vermögensunterschieden nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens	73
Tabelle 26: Einstellungen zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens	73

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	12
Abbildung 2: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens	15
Abbildung 3: Vertrauen in politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	16
Abbildung 4: Vertrauen in die Polizei, die Justiz und in Politik* im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	18
Abbildung 5: Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und der Arbeit der Regierung 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	20
Abbildung 6: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der österreichischen Demokratie 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	21
Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Demokratie im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	24
Abbildung 8: Zufriedenheit mit dem Leben, Regierung und Wirtschaftslage im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	25
Abbildung 9: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation nach ökonomischem Status 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala).....	28
Abbildung 10: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	30
Abbildung 11: Einschätzung der Einkommenssituation im historischen und internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	31
Abbildung 12: Zustimmung zu Einkommensumverteilung nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	33
Abbildung 13: Zustimmung zu Einkommensumverteilung im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	34
Abbildung 14: Einstellungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens	35

Abbildung 15: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	37
Abbildung 16: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung im historischen Vergleich in Österreich; Mittelwerte des Antwortverhaltens	40
Abbildung 17: Einstellungen zur Höhe der Mindestsicherung nach Altersgruppen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	41
Abbildung 18: Einstellungen zu Vermögensunterschieden nach Einkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	43
Abbildung 19: Zustimmung zur Reduktion von Vermögensunterschieden nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	44
Abbildung 20: Einstellungen zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Verteilung der Antworten (linke Skala) und Mittelwerte des Antwortverhaltens (rechte Skala)	45

Appendix Tabellen

Tabelle 5: Einstellungen zu Mindestsicherung in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren

Soziodemografische Faktoren	Einstellungen Mindestsicherung
Geschlecht	
Männlich	2,5
Weiblich	2,4
Altersgruppen	
15-29	2,3
30-44	2,5
45-64	2,5
65+	2,5
Bildungsabschluss	
Keine Pflichtschule	2,2
Pflichtschule	2,5
Lehre/mittlerer Abschluss	2,5
Höherer Schulabschluss	2,5
Tertiärer Abschluss	2,4
Haushaltseinkommen	
Niedriges HE	2,4
Niedriges mittleres HE	2,5
Höheres mittleres HE	2,6
Hohes HE	2,5
Hauptaktivität	
Bezahlte Arbeit	2,5
Inaktiv	2,4
Arbeitslos	2,4
Arbeitsunfähig	2,0
Pension	2,5

Quelle: ESS11, Gewicht (dweight)

Tabelle 6: Einstellungen zu Vermögensungleichheit in Österreich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens nach soziodemografischen Faktoren

Soziodemografische Faktoren	Einstellungen Vermögensungleichheit
Geschlecht	
Männlich	1,7
Weiblich	1,7
Altersgruppen	
15-29	1,7
30-44	1,8
45-64	1,7
65+	1,7
Bildungsabschluss	
Keine Pflichtschule	1,6
Pflichtschule	1,8
Lehre/mittlerer Abschluss	1,7
Höherer Schulabschluss	1,8
Tertiärer Abschluss	1,7
Haushaltseinkommen	
Niedriges HE	1,7
Niedriges mittleres HE	1,7
Höheres mittleres HE	1,8
Hohes HE	1,9
Hauptaktivität	
Bezahlte Arbeit	1,7
Inaktiv	1,8
Arbeitslos	1,7
Arbeitsunfähig	1,7
Pension	1,7

Quelle: ESS11, Gewicht (dweight)

Datentabellen zu den Grafiken

Tabelle 7: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Vertrauen	Polizei	Justiz	Parlament	Politiker:innen	Pol. Parteien
Sehr geringes Vertrauen (0-1)	2,2	3,5	9,3	19,8	19,6
(Eher) Geringes Vertrauen (2-3)	4,8	7,4	16,3	27,6	29,4
Mittleres Vertrauen (4-6)	19,2	26,3	44,4	38,9	37,6
(Eher) Hohes Vertrauen (7-8)	41,4	41,9	22,8	10,4	10,7
Sehr hohes Vertrauen (9-10)	32,5	20,8	7,2	3,3	2,7
Mittelwerte	7,3	6,7	5,1	3,8	3,7

Quelle: ESS, Welle 11 (Datentabelle zu Abbildung 1)

Tabelle 8: Vertrauen in politische und staatliche Institutionen in Österreich im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Vertrauen	Polizei	Justiz	Parlament	Politiker:innen	Pol. Parteien
2002	6,5	6,1	5,1	3,5	na
2004	6,2	5,8	4,8	3,3	3,4
2006	6,3	6,0	4,9	3,3	3,4
2008	6,0	5,5	4,8	3,5	3,4
2010	5,9	5,7	4,9	3,7	3,7
2014	6,5	5,6	4,6	3,4	3,4
2016	7,0	6,3	5,0	3,9	3,8
2018	7,4	6,7	5,4	4,2	4,1
2020	6,7	6,3	4,9	3,0	2,9
2023	7,3	6,7	5,1	3,8	3,7

Quelle: ESS, Wellen 1 - 5 und 7 bis 11 (Datentabelle zu Abbildung 2)

Tabelle 9: Vertrauen in politische Parteien, Politiker:innen und das nationale Parlament im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	Pol. Parteien	Politiker:innen	Parlament
NO – Norwegen	5,5	5,4	6,6
CH – Schweiz	5,3	5,5	6,4
FI – Finnland	5,4	5,3	6,5
SE – Schweden	5,0	4,9	6,3
NL – Niederlande	5,1	5,0	5,3
IS – Island	4,7	4,8	5,6
IE – Irland	4,2	4,3	5,0
DE – Deutschland	4,0	4,0	5,1
BE – Belgien	4,0	4,2	4,7
HU – Ungarn	4,1	4,1	4,6
AT – Österreich	3,7	3,8	5,1
SK – Slowakei	3,8	3,8	4,0
FR – Frankreich	3,4	3,8	4,2
IT – Italien	3,3	3,3	4,3
LT – Litauen	3,4	3,5	3,8
SI – Slowenien	3,2	3,2	4,2
GB – Vereinigtes Königreich	3,2	3,0	3,8
PT – Portugal	2,8	2,8	4,3
ES – Spanien	2,8	2,8	4,3
RS – Serbien	2,8	2,8	4,2
PL – Polen	2,9	2,9	3,9
CY – Zypern	2,5	2,6	3,9
GR – Griechenland	2,8	2,7	3,2
HR – Kroatien	2,1	2,0	3,0

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 3)

Tabelle 10: Vertrauen in die Polizei, die Justiz und in Politik* im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	Polizei	Justiz	Politik
FI - Finnland	8,2	7,3	5,7
NO – Norwegen	7,6	7,4	5,8
CH – Schweiz	7,3	6,8	5,8
AT – Österreich	7,1	6,7	4,2
NL – Niederlande	7,1	6,5	5,1
SE – Schweden	7,1	6,5	5,4
DE – Deutschland	7,0	6,1	4,3
ES – Spanien	6,9	5,2	3,3
IS – Island	6,9	5,9	5,0
LT - Litauen	6,8	5,3	3,5
BE – Belgien	6,5	5,3	4,3
IT – Italien	6,5	5,4	3,7
FR – Frankreich	6,4	5,0	3,8
IE – Irland	6,4	5,7	4,5
SI - Slowenien	6,4	4,8	3,5
PT – Portugal	6,3	4,3	3,3
HU – Ungarn	6,2	5,4	4,2
GR – Griechenland	6,0	5,4	2,9
GB–Vereinigtes Königreich	5,9	5,6	3,2
SK - Slowakei	5,6	5,0	3,8
HR – Kroatien	5,4	3,1	2,4
PL – Polen	5,3	4,0	3,2
RS – Serbien	5,3	4,2	3,3
CY - Zypern	5,1	4,3	3,0

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 4) *Politik = Durchschnitt aus politische Parteien, Politiker:innen und nationalen Parlamenten

Tabelle 11: Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und der Arbeit der Regierung 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Zufriedenheit	Leben	Wirtschaftslage	Regierungsarbeit
Äußerst unzufrieden (0-1)	0,6	5,2	18,4
(Eher) unzufrieden (2-3)	1,7	14,5	23,0
Mittlere Zufriedenheit (4-6)	13	45,7	41,7
(Eher) zufrieden (7-8)	50	29,6	13,2
Äußerst zufrieden (9-10)	34,7	5,0	3,7
Mittelwerte	7,8	5,4	4,0

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 5)

Tabelle 12: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem und der österreichischen Demokratie 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Zufriedenheit	Bildungssystem	Gesundheitssystem	Österreichische Demokratie
Äußerst unzufrieden (0-1)	3,1	3,3	6,3
(Eher) unzufrieden (2-3)	10,0	11,5	13,4
Mittlere Zufriedenheit (4-6)	27,2	35,4	35,0
(Eher) zufrieden (7-8)	38,6	34,1	34,7
Äußerst zufrieden (9-10)	21,0	15,7	10,6
Mittelwerte	6,5	6,2	5,7

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 6)

Tabelle 13: Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Demokratie im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	Demokratie	Bildungssystem	Gesundheitssystem
CH – Schweiz	7,5	6,8	6,8
NO – Norwegen	7,2	7,4	7
FI – Finnland	6,8	7,3	6,4
SE – Schweden	6,6	5,2	5,7
NL – Niederlande	6	6,1	6,6
IE – Irland	5,9	6,9	4,5
IS – Island	5,9	6,4	5,4
AT – Österreich	5,7	6,2	6,5
DE – Deutschland	5,7	4,3	5,2
BE – Belgien	5,3	5,7	7,2
PL – Polen	5,2	5	4,2
IT – Italien	4,9	4,9	4,9
SI – Slowenien	4,9	5,4	4,6
ES – Spanien	4,8	5,1	5,5
PT – Portugal	4,7	4,4	3,9
LT – Litauen	4,6	4,6	4,5
CY – Zypern	4,5	4,7	5,7
SK – Slowakei	4,5	5,2	3,8
HR – Kroatien	4,4	5,9	5,4
HU – Ungarn	4,4	4,1	3,7
GB – Großbritannien	4,3	5,4	4,8
FR – Frankreich	4,2	4,6	5,3
GR – Griechenland	4,2	3,8	3,3
RS – Serbien	4	5	4,2

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 7)

Tabelle 14: Zufriedenheit mit dem Leben, Regierung und Wirtschaftslage im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	Lebenszufriedenheit	Regierungsarbeit	Wirtschaftslage
CH – Schweiz	8,1	6,6	6,9
FI – Finnland	7,9	4,8	5,5
NL – Niederlande	7,9	4,6	5,7
SE – Schweden	7,9	4,2	4,8
AT – Österreich	7,8	4,0	5,4
IS – Island	7,8	4,2	4,5
NO – Norwegen	7,8	4,8	5,7
DE – Deutschland	7,7	3,8	4,8
BE – Belgien	7,6	4,4	5,2
ES – Spanien	7,5	3,7	4,3
SI – Slowenien	7,5	4,3	5,2
IE – Irland	7,4	5,0	5,3
PL – Polen	7,4	4,5	5,3
HR – Kroatien	7,2	3,3	3,7
LT – Litauen	7,1	4,0	4,6
GB – Großbritannien	7,0	3,0	3,3
FR – Frankreich	6,8	3,7	3,6
RS – Serbien	6,8	4,4	4,2
IT – Italien	6,7	4,2	4,0
HU – Ungarn	6,6	4,4	4,3
PT – Portugal	6,5	3,6	3,8
CY – Zypern	6,4	4,0	3,6
GR – Griechenland	6,4	3,6	3,4
SK – Slowakei	6,3	4,0	3,7

Quelle: ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 8)

Tabelle 15: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation nach ökonomischem Status 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Finanzlage nach ökonom. Status	Bequem leben	Zurechtkommen	Nur schwer zurechtkommen	Nur sehr schwer zurechtkommen	Mittelwert
Gesamt	32,3	53,3	12,1	2,3	1,8
Bezahlte Arbeit	34,7	54,9	9,6	0,8	1,8
Pension	32,4	53,2	12,1	2,3	1,8
Ökonomisch inaktiv	28,6	56,6	12,7	2,1	1,8
Arbeitslos	12,8	30,8	46,2	10,3	2,5
Arbeitsunfähig	8,2	22,4	38,8	30,6	2,9

Quelle: ESS11 (Datentabelle zu Abbildung 9)

Tabelle 16: Subjektives Empfinden der Einkommenssituation im historischen Vergleich; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Subjektive Finanzlage	Bequem leben	Zurechtkommen	Nur schwer zurechtkommen	Nur sehr schwer zurechtkommen	Mittelwert
2002	30,2	50,0	14,7	5,1	1,9
2004	38,4	48,7	9,5	3,5	1,8
2006	37,0	50,8	8,5	3,7	1,8
2008	35,4	48,0	11,4	5,2	1,9
2010	35,4	48,3	11,7	4,6	1,9
2014	29,5	56,8	11,2	2,5	1,8
2016	32,0	54,1	11,0	2,9	2,0
2018	33,6	51,1	12,6	2,7	2,5
2020	48,4	43,7	6,6	1,3	1,6
2023	32,3	53,3	12,1	2,3	1,8

Quelle: ESS11 (Datentabelle zu Abbildung 10)

Tabelle 17: Einschätzung der Einkommenssituation im historischen und internationalen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	2016	2018	2020	2023
PT - Portugal	2,2	2,2	2,3	2,3
HU - Ungarn	2,3	2,3	2,2	2,2
LT - Litauen	2,3	2,4	2,2	2,0
IT - Italien	2,1	2,1	1,9	1,9
PL - Polen	2,1	2,1	2,2	1,9
AT - Österreich	1,8	1,8	1,6	1,8
ES - Spanien	2,0	1,9	2,0	1,8
FI - Finnland	1,9	1,8	1,8	1,8
GB - Großbritannien	1,7	1,7	1,7	1,8
IE - Irland	1,9	1,8	1,9	1,8
AT - Österreich	1,8	1,8	1,6	1,8
ES - Spanien	2,0	1,9	2,0	1,8
BE - Belgien	1,8	1,9	1,7	1,7
FR - Frankreich	1,9	2,0	1,7	1,7
BE - Belgien	1,8	1,9	1,7	1,7
CH - Schweiz	1,6	1,6	1,6	1,6
DE - Deutschland	1,7	1,7	1,7	1,6
CH - Schweiz	1,6	1,6	1,6	1,6
DE - Deutschland	1,7	1,7	1,7	1,6
IS - Island	1,5	1,4	1,4	1,5
NO - Norwegen	1,4	1,5	1,4	1,5
SI - Slowenien	1,7	1,7	1,6	1,5
NL - Niederlande	1,6	1,5	1,4	1,4
SE - Schweden	1,4	1,4	1,6	1,4

Quelle: ESS 8 – ESS 11 (Datentabelle zu Abbildung 11)

Tabelle 18: Zustimmung zu Einkommensumverteilung nach Haushaltseinkommen 2023;
Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Zustimmung Einkommens- umverteilung	Stimme stark zu	Stimme zu	Weder noch	Lehne ab	Lehne stark ab	Mittelwert
Gesamt	39,0	46,3	8,4	4,7	1,5	1,8
Niedriges HE	49,3	39,6	6,8	2,8	1,4	1,7
Niedriges mittleres HE	38,4	47,1	9,0	4,6	0,9	1,8
Höheres mittleres HE	37,8	48,8	7,1	4,6	1,7	1,8
Hohes HE	23,9	47,8	14,5	10,1	3,8	2,2

Quelle: ESS11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 12)

Tabelle 19: Zustimmung zu Einkommensumverteilung im historischen Vergleich, Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Einstellung Einkommensumverteilung	Stimme stark zu	Stimme zu	Weder noch	Lehne ab	Lehne stark ab	Gesamt
2002	27,1	39,8	16,3	12,7	4,2	2,3
2004	26,7	41,2	18,8	10,3	3,2	2,2
2006	30,9	39,5	17,1	9,4	3,2	2,1
2008	29,2	34,4	17,0	13,9	5,6	2,3
2010	33,4	36,6	18,7	6,7	4,6	2,1
2014	40,3	43,0	10,1	4,8	1,8	1,8
2016	27,1	50,1	13,2	6,0	3,6	2,1
2018	29,4	50,3	11,9	6,1	2,3	2,0
2020	27,7	41,9	21,0	7,2	2,3	2,1
2023	38,6	47,4	7,8	4,5	1,8	1,8

Quelle: ESS11 (Datentabelle zu Abbildung 13)

Tabelle 20: Einschätzungen zur Einkommensumverteilung im internationalen Vergleich 2023; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Länder	Einkommens- umverteilung
GR - Griechenland	1,7
PT - Portugal	1,7
AT - Österreich	1,8
IT - Italien	1,8
HU - Ungarn	1,9
CY - Zypern	1,9
HR - Kroatien	1,9
RS - Serbien	2,0
SK - Slowakei	2,0
SI - Slowenien	2,1
FR - Frankreich	2,1
IE - Irland	2,1
LT - Litauen	2,1
IS - Island	2,1
GB - Großbritannien	2,2
SE - Schweden	2,2
ES - Spanien	2,2
NO - Norwegen	2,2
BE - Belgien	2,3
CH - Schweiz	2,3
DE - Deutschland	2,3
FI - Finnland	2,3
NL - Niederlande	2,4
PL - Polen	2,5

Quelle: ESS11 Mittelwerte des Antwortverhaltens (Datentabelle zu Abbildung 14)

Tabelle 21: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Regierungsverantwortung	Gesundheitsversorgung	Lebensstandard f. Pensionist:inne	Kinderbetreuungsplätze f. berufstätige Eltern	Jobs f. Arbeitsbereite	Lebensstandard für Arbeitslose
Überhaupt nicht in RV (0-1)	1,3	1,4	1,9	5,0	5,4
(Eher) nicht in RV (2-3)	0,6	0,6	0,7	6,9	6,7
Mittlere RV (4-6)	2,8	5,7	5,5	19,8	28,7
(Eher) in RV (7-8)	12,3	18,4	21,0	24,7	26,5
Voll und ganz in RV (9-10)	83,0	74,0	71,0	43,7	32,7
Mittelwerte	9,2	8,9	8,9	7,3	6,9

Quelle: ESS 11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 15)

Tabelle 22: Einstellungen zur Verantwortung der Regierung im historischen Vergleich; Mittelwerte des Antwortverhaltens

Regierungsverantwortung	ESS 4 (2008)	ESS 8 (2016)	ESS 11 (2023)
Lebensstandard Arbeitslose	6,4	6,7	6,9
Jobs für Arbeitswillige	6,7	7,4	7,3
Lebensstandard f. Pensionist:innen	7,7	8,0	8,9
Kinderbetreuung für berufstätige Eltern	7,7	7,9	8,9
Gesundheitsversorgung	7,9	8,4	9,2

Quelle: ESS11 (Datentabelle zu Abbildung 16)

Tabelle 23: Einstellungen zur Höhe der Mindestsicherung nach Altersgruppen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Höhe der Mindestsicherung	Viel zu niedrig	Zu niedrig	Gerade richtig	Zu hoch	Viel zu hoch	Mittelwert
Gesamt	15,5	36,2	36,0	10,1	2,2	2,5
15-29 Jahre	20,0	44,4	27,6	5,8	2,2	2,3
30-44 Jahre	14,1	38,9	32,1	10,5	4,4	2,5
45-64 Jahre	15,8	35,4	35,6	11,1	2,0	2,5
65+ Jahre	14,6	33,3	40,7	10,2	1,3	2,5

Quelle: ESS 11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 17)

Tabelle 24: Einstellungen zu Vermögensunterschieden nach Einkommen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Instrument	Viel zu groß	Zu groß	Gerade passend	Zu klein	Viel zu klein	Mittelwert
Gesamt	39,9	49,2	9,8	0,8	0,2	1,7
Niedriges HE	48,1	40,1	10,7	0,9	0,3	1,7
Niedriges mittleres HE	42,7	48,1	8,2	0,8	0,2	1,7
Höheres mittleres HE	30,6	58,9	9,0	1,2	0,3	1,8
Hohes HE	28,4	53,5	17,4	0,6	0,0	1,9

Quelle: ESS 11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 18)

Tabelle 25: Zustimmung zur Reduktion von Vermögensunterschieden nach Haushaltseinkommen 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Reduktion Vermögensunterschiede	Stimme stark zu	Stimme zu	Weder noch	Lehne ab	Lehne stark ab	Mittelwert
Gesamt	44,1	41,2	8,3	4,1	2,2	1,8
Niedriges HE	51,6	39,5	6,1	1,7	1,2	1,6
Niedriges mittleres HE	42,7	42,5	8,8	4,4	1,5	1,8
Höheres mittleres HE	43,4	41,2	8,5	4,9	2,0	1,8
Hohes HE	24,2	43,8	15,7	9,8	6,5	2,3

Quelle: ESS11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 19)

Tabelle 26: Einstellungen zu Finanzierungsinstrumenten 2023; Verteilung der Antworten und Mittelwerte des Antwortverhaltens

Instrument	Stimme stark zu	Stimme zu	Weder noch	Lehne ab	Lehne stark ab	Mittelwert
Unternehmen mit hohem Gewinn stärker besteuern	62,2	31,7	4,1	1,5	0,5	1,5
Vermögenssteuer für die reichsten 10%	48,8	38,2	6,7	4,0	2,3	1,8
Leistungen in soz. Sicherungssystemen kürzen	5,5	9,2	18,3	27,1	39,9	3,9

Quelle: ESS 11 Häufigkeiten und Durchschnitte (Datentabelle zu Abbildung 20)

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

post@sozialministerium.gv.at

sozialministerium.gv.at

Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 3, 1010 Wien

+43 1 531 20-0

ministerium@bmfwf.gv.at